

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1,-

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gelappte Kolonel-Zelle 50

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Weeg. Druck von G. A. H. Reiter & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluss 3002

Das Wirtschaftsjahr 1913.

Seit 1825, wo die erste allgemeine Krise ausbrach, geht die ganze industrielle und kommerzielle Welt, die Produktion und der Austausch sämtlicher zivilisierten Völker und ihrer mehr oder minder barbarischen Anhängel, so ziemlich alle zehn Jahre einmal aus den Fugen.

Es unterliegt nämlich heute kaum noch einem Zweifel, daß uns das Jahr 1913 den gefährlichsten Konjunkturmischschlag und damit den Beginn einer Wirtschaftskrise gebracht hat.

Zu beachten ist allerdings, daß die Urteile der Industrie-, Bank- und Börsenherren nicht kritisch ausgenommen werden dürfen. Zwar besitzen sie unbestreitbar fast durchweg ein sehr hohes Maß von Sachkenntnis, aber nicht immer das notwendige Maß von Objektivität.

merkenswert und scheinbar ein Zeugnis gegen das Vorhandensein einer Krise, daß das Jahr 1913 einen Kohlenverbrauch gebracht hat, der den Rekord des Jahres 1912 noch wesentlich übersteigt.

Table with 3 columns: Year, Coal types (Steinkohle, Braunkohle, etc.), and Consumption in tons.

Also bei allen Kohlenorten eine teilweise erhebliche Steigerung. Es ist jedoch zu beachten, daß diese Steigerung zum größten Teil in die erste Jahreshälfte entfällt, also in eine Zeit, die allerdings unbefristet als Hochkonjunktur angesehen wird.

Die Einnahmen der Eisenbahnen aus dem Güterverkehr bilden einen weiteren Maßstab zur Beurteilung des Wirtschaftsmarktes. Auch hier scheint zunächst das Resultat günstig. Die Einnahmen stiegen gegen das Jahr 1912 um 61,64 Millionen Mark.

Table with 3 columns: Year, Import (Einfuhr), and Export (Ausfuhr) in millions of marks.

Die Einfuhr ist mithin im letzten Jahre sehr wenig, die Ausfuhr sehr stark gestiegen. Auf die möglichen Ursachen dieser Erscheinungen haben wir oben hingewiesen.

Ueber den Kapitalzufluß als Maßstab für den Konjunkturstand wiederholen wir aus unserm vorjährigen Rückblick: Je lebhafter der Beschäftigungsgrad, um so lebhafter die Nachfrage nach Kapital zur Ausdehnung der Produktion.

Table with 6 columns: Year (1909-1913) and 4 rows of quarterly data.

Die Neuanlagen bleiben also um rund 240 Millionen Mark hinter denen des Vorjahres zurück. Dabei ist aber zu beachten, daß hier das erste Halbjahr ein Minus und das zweite ein Plus zeigt.

Table with 4 columns: Month (Januar, Februar, März) and 4 rows of monthly data.

Table with 4 columns: Month (April-Dezember) and 3 rows of monthly data for years 1911, 1912, and 1913.

Ein Vergleich zeigt, daß die Kurse des Jahres 1913 bis einschließlich September unter dem des Jahres 1912 standen. Von da an ändert sich das Bild, und am Jahreschlusse 1913 steht der Durchschnittskurs um reichlich 3 Prozent höher als Ende 1912.

Betrachten wir nunmehr kurz die vorliegenden Angaben über die Gestaltung des Arbeitsmarktes, d. h. über das Verhältnis von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage.

Die Berichte der Krankenkassen an das Reichsarbeitsblatt zeigten infolge des Inkrastretens der R.-B.-D., so erhebliche Lücken auf, daß ein Vergleich der Ergebnisse mit den Ziffern der bisherigen Beobachtungsweise nicht mehr zulässig erscheint.

Table with 4 columns: Month (Januar-Dezember) and 3 rows of monthly data for years 1911, 1912, and 1913.

Danach war der Andrang von Arbeitsuchenden im Januar fast der gleiche, in allen andern Monaten ein stärkerer als 1912.

Umfassender und zuverlässiger als diese Angaben sind die Nachweisungen der Gewerkschaften über die Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder.

Table with 8 columns: Month (Januar-Dezember) and 8 rows of monthly data for years 1907-1913.

Diese Tabelle zeigt, daß die Arbeitslosigkeit am Schlusse des letzten Jahres eine Höhe erreicht hat, wie noch in keinem einzigen Jahre seit Aufmachung dieser Statistik. Sogar das Jahr 1909 zeigt in seiner Dezemberrunde, die den Höhepunkt der letzten wirtschaftlichen Depression darstellt, noch immer eine etwas günstigere Gestaltung der Arbeitslosigkeit.

Wird der Umfang der Arbeitslosigkeit nicht am Ergebnisse der Stichtage, sondern an den insgesamt ermittelten Arbeitslosentagen gemessen, so wird das Ergebnis für das vierte Vierteljahr etwas günstiger als für die übrigen drei Quartale, aber es steht immer noch über allen seinen Vorläufern, soweit die Statistik zurückerreicht.

Die Summe der von den Gewerkschaften geleisteten Arbeitslosenunterstützung betrug 11 903 396 Mark, gegen 8 337 752 Mark im Jahre 1912.

Fassen wir nun das Ergebnis dieser Feststellungen zusammen, so muß unser Urteil lauten: Das Wirtschaftsjahr 1913 zeigt in seiner zweiten Hälfte alle Merkmale sinkender Konjunktur. Der gewerbliche Beschäftigungsgrad war im letzten Viertel des Jahres so schlecht, daß man ohne Uebertreibung vom Einbruch einer allgemeinen Wirtschaftskrise sprechen kann. In einem zweiten Artikel soll unser Verbandsgebiet einer besonderen Betrachtung unterzogen werden.

Der Tarifvertrag.

III.

Zur Frage des Arbeitstarifgesetzes.

Wenn wir auf die Entwicklung der sozialen Bewegung hindeuten, so können wir sagen, daß sie in allgemeinen drei Stadien durchläuft. Sie beginnt mit Träumen, Idealen und Utopien, dann kommt der wissenschaftliche Nachweis für die Berechtigung der Ideen, und das dritte Stadium ist dann der Uebergang zur Praxis, zum Kampf um die Durchführung der zuerst geträumten und dann wissenschaftlich erfakten Gedanken. In diesem großen letzten Stadium des sozialen Kampfes um die Ideale der menschlichen Entwicklung befinden wir uns heute, und man sollte in dem täglichen Kleinkampf, in den täglichen Mühen und Enttäuschungen nie vergessen, daß sich ein letztes und großes Schauspiel abspielt, in dem die Träume zur Wirklichkeit werden. Es ist das letzte, aber auch das schwerste Stadium, denn solange man träumt und über Ideale spricht, sieht man nicht die Widerstände. Die zeigen sich erst, wenn der Mensch und die Organisationen in Tätigkeit treten, um die Ideen durchzukämpfen.

Ich habe Ihnen bereits die Widerstände geschildert, die einmal volkswirtschaftlicher, sozialer und privatwirtschaftlicher Natur sind und zum andern in den Hemmnissen liegen, die das bestehende Recht dem Tarifvertrag bietet, indem es ein neues soziales Gebilde in die Zwangsjacke eines individualistischen Gesetzes preßt. Mit diesem Recht ist aber nicht zu spaßen; ich erinnere nur an jenes Kammergerichtsurteil, das ausspricht, daß die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes, wenn sie aus dem Verbandsausstreiten, tariffrei sind. Damit zeigt sich deutlich, daß das Recht mit den sozialen Interessen im Widerspruch steht.

Man könnte demgegenüber nun anführen: Mag das Recht auch versagen, wir können doch in die einzelnen Tarifverträge alles hineinbringen, was wir wünschen. Das ist halb richtig. Aber auch dieses Halbrichtige gibt noch zu denken. Es ist möglich, daß durch Vertragsbestimmungen manche Gefahren und Schwächen des geltenden Rechts ausgeschlossen werden können. Es kann z. B. die unbeschränkte Haftung des Berufsvereins und der Mitglieder ausgeschlossen werden. Aber solche Forderungen sind leider nicht immer durchführbar. Sie werden nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn, wie im Buchdruckgewerbe, eine starke Organisation dahintersteht. Welche Kräfte vergeuden wir heute schon um wirtschaftliche Grundfragen, wie Abschaffung des Koss- und Logiszwanges. Soll dieser Kampf auch noch belastet werden mit dem Kampf um die rechtlichen Fragen des Tarifvertrages? Dazu kommt noch, daß den Tarifbestimmungen durch das geltende Recht Grenzen gesetzt sind. Mag auch in einem Tarifvertrag stehen, daß seine Abdingbarkeit ausgeschlossen sei, so ist diese Bestimmung doch rechtlich ungültig, da sie mit dem bestehenden Recht im Widerspruch steht. Ebenjowenig kann durch den Tarifvertrag aus der Welt geschafft werden, daß die Berufsvereine wohl verklagt und zu Schadenersatz verurteilt werden, aber nicht selbst klagend gegen die Tarifbrüchigen vorgehen können. Der von Heinemann angelegte Weg über Vertrauenspersonen ist zwar möglich, aber schwierig und umständlich.

Da entsteht die Frage, ob es nicht möglich ist, ein neues, dem Tarifvertrag angepasstes Recht zu schaffen.

In verschiedenen Ländern gibt es schon gesetzliche Bestimmungen. Die Schweiz und die Niederlande haben die Abdingbarkeit des Tarifvertrages ausgeschlossen. Desterreich hat für die Handlungsgehilfen und die ihnen gleichgestellten Rechtsanwaltsgehilfen eine Bestimmung, die das Arbeitsverhältnis betrifft, wenn ein Tarifvertrag besteht. Ein umfassendes Tarifgesetz haben wir aber nirgends, wenn es auch nicht an Versuchen, wie jetzt in Frankreich, fehlt. In Deutschland haben wir keine tarifliche Regelung. Nur im Kalk- und Hausarbeitergesetz wird der Tarifvertrag überhaupt erwähnt. Die Reichsregierung hat sich bisher ablehnend verhalten. Man sagt: Die Frage ist noch nicht spruchreif. Wir haben die lebendige Entwicklung des Tarifwesens, in die wir nicht eingreifen wollen. Das entspricht ganz dem Rhythmus, in dem sich die Reichsregierung zu bewegen pflegt. Die Arbeitgeber lehnen die gesetzliche Regelung ab, wohl aus dem Gedanken heraus, daß alles abgeklärt werden muß, was an neuem sozialen Recht kommt. Wir können zwar die Forderungen nicht, aber wir unterstützen sie.

Der zunehmende Standpunkt der freien Gewerkschaften ist auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress nur nebenbei zum Ausdruck gekommen, so daß ihm wohl eine besondere Bedeutung nicht beizulegen ist. Neuerdings sind gerade von gewerkschaftlicher Seite, insbesondere von Adolf Braun und Leipart, dem Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, Bedenken gegen eine gesetzliche Regelung geltend gemacht worden. Leipart hat den ablehnenden Standpunkt auf der vorjährigen Tagung der Gesellschaft für soziale Reformen besonders lebhaft vertreten, wenn er auch den gesetzgeberischen Vorschlägen zum großen Teil zustimmte. Leipart und auch Robert Schmidt sagen: Wir geben zwar zu, daß das bestehende Recht schlecht und gefährlich ist, aber lieber noch in diesem Recht kämpfen, als ein neues Recht herbeizuführen, das uns gefährlicher

werden kann, als der bestehende Rechtszustand. In diesen Argumenten steckt ein berechtigter Kern, ich möchte ihn nennen die Furcht vor kommenden sozialrechtlichen Aktionen. Ich bin der letzte, der bestreiten möchte, daß diese Furcht unbegründet ist. Jeder, der die Entscheidungen der Gerichte in den letzten Jahren verfolgt hat, muß zugeben, daß die Rechtsprechung den Arbeiterinteressen oft verständnislos gegenübersteht. Zu diesem Mißtrauen gegen den sozialen Inhalt des Rechts und der Rechtsprechung kommt noch das Mißtrauen gegen das Recht überhaupt. Wir sehen heute das Recht als eine fremde Macht an, die nur dann in Erscheinung tritt, wenn es etwas zu hemmen gibt. Aber dieses Mißtrauen allein kann uns nicht fortbelfen.

Die nächste Tarifentwicklung wird immer mehr die Wunden zeigen, die ihr das bestehende Gesetz schlägt.

Ich bin überzeugt, daß die Gesetzgebung nicht in den Stuben der Juristen und Staatsmänner, noch in wissenschaftlichen Lehrbüchern gemacht wird. Das Recht ist der Ausdruck der Machtverhältnisse, aber diese Macht muß sich durchsetzen. Aber die Macht der Gewerkschaften kann sich nicht dadurch allein durchsetzen, daß Menschen gesammelt werden, die als Masse auftreten, sondern die Masse muß auch wissen, was sie will. Denn wenn um die richtige gesetzliche Regelung gestritten wird, dann wird die Masse im Vorteil sein, die nicht nur erfüllt ist von den höchsten Idealen, sondern auch von den nächsten Gesichtspunkten. Solche Gesichtspunkte beeinflussen die Diskussion über das richtige Recht, und sie geben die Weisheit an die Hand für ein richtiges Gesetz gegen falsche gesetzliche Bestrebungen zu streiten. Das gilt auch für die Durchführung des Gewerkschaftsrechts. Man kann freilich über Einzelheiten streiten, aber über die Grundlinien der Rechtsreform muß man einig sein.

Ich sehe drei Punkte als wesentlich für eine Tarifreform an. Wir müssen erstens den Tarifvertrag herausheben aus seiner privatrechtlichen Enge, wir müssen ihn zu einer Quelle zwingenden Rechtes machen, d. h. die Bestimmungen des Tarifvertrages sind unabhängigbar.

Wir müssen die Tarifverträge wenigstens auf Arbeiterseite rechtlich einstellen auf die unabhängigen Berufsvereine. Tarifverträge sind Massenverträge, die Masse kann aber nur als Ganzes in Organisationen auftreten und rechtlich behandelt werden. Die Organisation muß der Träger des Tarifrechtes werden. Brechen Mitglieder des Verbandes den Frieden, so hat er die Maßnahmen zu treffen. Ein Friedensbruch der Organisation kann nur dann in Betracht kommen, wenn sie diese Pflicht unerfüllt gelassen hat. Weil aber die Organisationen die Schöpfer und Träger des Tarifvertrages sind und weil die Organisationen darüber hinaus eine soziale Aufgabe erfüllen, die sonst unerfüllt bleiben würde, muß die unbeschränkte Haftung, die unter Umständen eine Organisation zerstören kann, in eine beschränkte Haftung umgewandelt werden. Damit aber diese Aufgaben erfüllt werden, ist es notwendig, daß die Berufsvereine, wenigstens für Tarifzwecke, rechtsfähig werden. Eine solche beschränkte Rechtsfähigkeit muß ohne weiteres durch Einräumung der Statuten beim Gewerbegericht erworben werden können. Es ist weiterhin erforderlich, daß der § 152,2 aufgehoben wird, der kein Rechtsverhältnis zwischen Berufsverein und Mitgliedern kennt, denn den Berufsvereinen muß es freistehen, auch rechtliche Zwangsmittel ihren Mitgliedern gegenüber zu ergreifen.

Drittens endlich müssen wir den Zivilprozeß als Methode des Rechtsschutzes in Tarifverträgen möglichst zurückdrängen, soweit er noch bleibt, müssen wir ihn dem Gewerbegericht zuführen, damit die ordentlichen Gerichte von Entscheidungen in Tarifrechtsfragen befreit werden. Die Klage soll soweit möglich durch Verwaltungszwang ersetzt werden, ausgebildet durch paritätisch zusammengesetzte Behörden, als die sich die Gewerbegerichte eignen, sofern nicht die Tarifverträge selbst in paritätischer Weise Vorzüge getroffen haben. Diesen Behörden muß das Recht zustehen, wegen Tarifungehörigam Ordnungstrafen festzusetzen und Tarifhandlungen selbst zu erzwingen oder durch Dritte erzwingen zu lassen.

Ich glaube, daß eine solche gesetzliche Regelung den Tarifvertrag nicht hemmen, sondern ihn fördern wird. Die Hauptbedeutung der gesetzlichen Regelung aber sehe ich darin, daß sie Kräfte frei macht, die heute noch gebunden sind, nicht nur im Kampfe um die Erreichung eines Tarifvertrages, sondern auch im Kampfe um seine Durchführung.

Aus dem Reichstage.

Seit Schaffung des Kaligesezes sind die Klagen über Kaliproben, Zunahme der Forderstellen und die mangelhaften Verhältnisse der Arbeiter beim Etat ein besonderes Kapitel geworden. Da eine Novelle zum Kaligesez in Entwurfsform vorliegt, so beschränken sich die bürgerlichen Redner in ihrer Aussprache. Der Abgeordnete sagte nahm aber eingehend die Sangesrichtungen und die Arbeiterverhältnisse vor. Diese unter bessere Sicherung des Gesetzes zu bringen, muß Aufgabe der Volksboten sein. Wenn auch nicht mehr absolut jetztzusehen scheint, daß Kali in Deutschland allein vorkommt, so ist unbestreitbar, daß es hier zurzeit nur in abwaschlicher Weise vorkommt. Die Kalifrage Deutschlands werden auf 15 bis 20 Milliarden Kubimeter bewertet. Gemessen an der jetzigen Förderung soll dieser Vorrat auf weit über zwei Jahrtausende ausreichen. Also ist das Ziel, den Verbrauch zu fördern. Dafür werden denn auch alljährlich beträchtliche Mittel in Ausgabe gestellt.

Für das abgelaufene Kalenderjahr ist der Abzug auf 10 200 000 Dg. reines Kali K. O. veranschlagt. Auf diese Quantität werden 5 Prozent zugezogen und so der Abzug für 1914 auf 10 700 000 Dg. geschätzt. Die Abgabe ist per Doppelzentner 60 Pf. Es werden demgemäß 6 420 000 Mk. in Einnahme gestellt, davon für die Bundesstaaten 1 284 000 Mk. für Verunreinigungsstellen, Verteilungsjelle und Arbeiten zur Ausführung des Kaligesezes sind 500 000 Mk. angezogen. Für praktische Zwecke sowie wissenschaftliche Veranstaltungen für Hebung des Abzuges im Inlande sind 1 800 000 Mk. in Ausgabe gestellt. Davon entfallen 1 000 000 Mk. an landwirtschaftliche Korporationen, Genossenschaften und Verbände zur Förderung der Kolonisation von Ostland. Zur Ausführung der Auslandspropaganda werden 3 241 600 Mk. gebildet; zur Förderung von tropischen und subtropischen Kulturen 300 000 Mk. Das sind alles in allem 5 341 600 Mk. Alles ist sich einig, daß für Umzug des Kalis nicht genug gesehen kann. Die Budgetkommission hat die Ausgaben um 900 000 Mk. erhöht. Dazu wird beantragt die 500 000 Mk., die für Kalipropaganda auf der Weltausstellung in San Francisco bestimmt waren, auch zu übernehmen; dem wird zugestimmt. Montag, den 9. Februar, forberte beim Statistischen Amt Kühle endlich die Vorlegung der Erhebung über den Umfang der beschäftigten Kinder. Regien brachte einen alten Wunsch der Gewerkschaften nach einem andern Aufbau der Statistik in Erinnerung. Beim Gesundheitsamt behandelt Antrid die Lage des Krankenpflegepersonals, Feldmann die Praktiken der Invalidenversicherung. Zum Schluß sprach der Abgeordnete Jäkel über die Zustände der Textilindustrie in einer warmherzigen, eindringlichen Rede. Der nationalliberale Schürmann, Meyer, Gelle, verurteilte der Arbeiterfrage in der Schwerindustrie einige schwere Hemmnisse unterzuziehen. Der Sozial-

demokr. Böhner befürwortete besseren Säuglingschutz, Mutterchutz und bessere Regelung des Gebarmens. Das sind die besten Mittel, die Bevölkerungsziffer Deutschlands günstig zu gestalten. Es bedeuten Einschränkung der Sterblichkeitsziffer.

Am Mittwoch, dem 11., sprach Bauer über die Praktiken bei den Berufsgenossenschaften und den übrigen Zweigen der Arbeiterversicherung. Seiner wichtigen Anklage konnte Abbruch nicht getan werden. Herr Pfister vom Zentrum machte den Versuch, einer Verschlechterung bei der Unfallversicherung die Wege zu ebneten. Bestimmte Unfälle sollten nicht als Betriebsunfälle, sondern als Unfälle des täglichen Lebens behandelt werden. Das war dem gegenüber den sozialpolitischen Anschauungen seiner Mitglieder gewiß sehr toleranter Zentrum doch zu arg. Es ließ durch Herrn Giesberts erklären, daß Herrn Pfisters Meinung gar nicht die Meinung des Zentrums sei.

Was mit Gewerkschaften und Arbeiterbewegung überhaupt in irgendeinem, sei es noch so losem Zusammenhang steht, wird gewidmet und gewandt. Das erlebte man mit der Volksfürsorge, die den schlimmsten Verdrüßigungen ausgesetzt ist. Bei dem Versuch, einen der Verleumder vor den Richter zu ziehen, hielt der preussische Minister v. Dallwitz den schäblichen Schilb in Gestalt des Kompetenzinwandens vor den Weiblicher. Hilberbrand und Seine fanden die zutreffenden Worte für eine solche Art der Belämpfung.

In der letzten Sitzung der abgelaufenen Woche begann der Kampf um den Zuschuß für die Olympischen Spiele. Die Spiele sind nicht im „Olymp“, sondern im Jahre 1916 in Berlin. Bei ihnen gibt die bürgerliche Jugend sich ein Stellbilden. Während die proletarischen Sportvereine bedrückt werden, erhalten jene einen Zuschuß von 300 000 Mark. Die preussische Staatsregierung zahlt 100 000 Mk. Im Jahre 1913 sind bereits 14 000 Mk. außerordentlich verzeichnet, und für 1914 werden 46 000 Mk. angefordert. In den Jahren 1915 und 1916 werden je 70 000 Mark verlangt werden. In der Budgetkommission ist die Forderung abgelehnt. Die Regierung, die Konservativen, die Nationalliberalen und Fortschrittler begründen die Forderungen aus den Pflichten internationaler Höflichkeit. Dann darf man aber auch gegen die Arbeiter-Turnvereine nicht so vorgehen, wie es geschieht. Eine Abstimmung erfolgt erst am Dienstag.

Die Treulosen.

(Etwas über die Fluktuation der Mitglieder.)

Treulos der Gewerkschaftsfahne, und somit treulos sich selbst, seiner Familie und seinen Klammengenossen werden alljährlich viele Tausende von Verbandskollegen. Welcher Verbandsfunktionär hat nicht seinen Neger über die Treulosen, welcher Funktionär hat sich nicht schon den Kopf zerbrochen, wie der unseligen Fluktuation der Mitglieder zu Leibe gerückt werden könnte. Mit Wehmut denkt man daran, welche Opfer an Zeit und Geld es gekostet hat, bis man die Arbeiter aus der großen Masse der Indifferenten zur Organisation gebracht hat, und nun fällt ein großer Teil der Organisierten alljährlich wieder zu der indifferenten, gebantelosen Masse zurück. Die Organisation ist geschaffen worden, um den Arbeitern mehr Brot, mehr Freiheit und Gleichberechtigung zu erkämpfen, um sie wirtschaftlich und geistig zu heben, um ihnen ein Dasein zu schaffen, das eines Kulturmenschen würdig ist. Soll die Organisation dieses Ziel erreichen, so müssen alle die, die heute in Not und Unfreiheit leben, die ausgebeutet und geknechtet werden, sich der Organisation anschließen. Der Sieg der Arbeiterfrage hat also eine Vorbedingung: Alle Arbeiter müssen zu ihrer Organisation halten, unter ihrer Fahne kämpfen!

Tausende unserer braven Kollegen arbeiten jahrein jahraus unermüdet, um aus der indifferenten Masse neue Kämpfer für unsere Sache zu holen. Sie opfern jede freie Stunde der Organisation, sie gönnen sich keine Erholung, kein Vergnügen, sie widmen sich auch wenig der Familie, sie wirken unausgesetzt nach Kräften für unsere große, heilige Sache. Aber wenn die sich aufopfernden Kollegen sehen, daß immer und immer wieder ein Teil derer, die für den Kampf gewonnen worden sind, unserer Sache treulos werden, so wird mancher davon ungeduldig, verliert den Mut und die Ausdauer und zieht sich resigniert ganz zurück. So unwürdig es eines Kämpfers ist, nach verlorenen Schlacht die Flinte ins Korn zu werfen, so unwürdig ist es auch seiner, wegen einiger treuloser Kameraden den Kopf mutlos hängen zu lassen. Würdiger eines Kämpfers ist es schon, wenn er nach der Ursache der Treulosigkeit jener Kameraden forscht, sich die Treulosen ansieht, ob sie wert sind, sich ihre Wege zu beunruhigen, und dann entsprechende Maßnahmen trifft.

Wenn wir uns die Treulosen in unsern Reihen ansehen, so finden wir, daß die Ursache der Treulosigkeit meist Unverständnis ist. Die, die wir als Kämpfer glaubten, wußten entweder nicht den Preis eines Sieges, waren also noch gar nicht aufgeklärt über das, was wir wollen, oder sie glaubten nicht an die Möglichkeit eines Sieges der Arbeiterfrage. Andern wiederum fiel das Herz in die Hose vor dem Kampfe, und wieder andre schlossen sich aus egoistischen Gründen der Organisation an. Sie suchten nur ihren eigenen persönlichen Vorteil, und weil sie diesen nicht in gewünschtem Maße fanden, haben sie die Organisation verlassen. Sehr viele aber, die wir gemeinhin als treulos bezeichnen, waren nicht mehr fähig zum Kampfe, oder sie verließen uns aus Gründen, deren Ursachen in den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen liegen. Diese Kollegen kann man als treulos nicht bezeichnen.

Zum besseren Verständnis der Mitgliederfluktuation und zur Ergreifung entsprechender Maßnahmen dagegen würde es viel beitragen, wenn wir eine Statistik darüber hätten, nach welcher Mitgliedschaftsdauer die meisten Austritte erfolgen und was als Grund des Austritts angegeben wird. Eine solche Statistik haben wir leider noch nicht. Die Mitgliederfluktuation ist in Zeiten der Hochkonjunktur wie in Zeiten der Krise fast die gleiche. Sie fällt uns aber in der Krisenzeit mehr auf, weil da aus natürlichen Gründen der Zugang an Mitgliedern ein weit geringerer ist. Ganz diese Fluktuation zu beseitigen, werden wir niemals in stande sein, aber wir müssen uns bemühen, sie wenigstens etwas einzudämmen.

Einen bescheidenen Beitrag zum besseren Verständnis der Mitgliederfluktuation wollen wir hiermit liefern auf Grund von genauen Aufzeichnungen, die sieben Zahlstellen mit insgesamt 6419 Mitgliedern vornahmen und uns zur Verfügung stellten. Der Zugang an Mitgliedern in diesen Zahlstellen im letzten Jahre stellte sich wie folgt:

Es traten ein	1758 Mitglieder
Uebergetreten sind	186 Mitglieder
Vom Militär kamen zurück	45 Mitglieder
Es reisten zu	133 Mitglieder
Gesamtzugang	2122 Mitglieder.

Der Abgang an Mitgliedern im letzten Jahre stellte sich so:

Ausgetreten resp. gefirchten	1210 Mitglieder
Gestorben	44 Mitglieder
Zu andern Gewerkschaften übergetreten	294 Mitglieder
Zum Militär eingezogen	109 Mitglieder
Abgereist	559 Mitglieder
Gesamtabgang	2216 Mitglieder.

Von den 1210 ausgetretenen resp. gestrichenen Mitgliedern gehörten der Organisation an:

über 7 Jahre	6 Mitglieder	} 187 über 2 Jahre
" 6 "	" 9 "	
" 5 "	" 11 "	
" 4 "	" 15 "	
" 3 "	" 40 "	
" 2 "	" 106 "	} 1023 weniger als 2 Jahre
1 Jahr	227 "	
1/2 "	238 "	
1/4 "	219 "	
unter 1/4 "	339 "	

Aus dieser Zusammenstellung geht zunächst hervor, daß die sieben Zahlstellen einen Verlust von 94 Mitgliedern haben. Im Jahre 1912 hatten dieselben Zahlstellen prozentual denselben Abgang an Mitgliedern wie im letzten Jahre, aber die Zahl der Eintritte war um fast 100 Prozent höher, so daß diese Zahlstellen einen Zuwachs von rund 1000 Mitgliedern hatten. Daß eine wirtschaftliche Krise unserer Agitation nicht günstig ist, ist allgemein bekannt. Wenn also im vergangenen Jahre die Zahl der Eintritte in unsern Verband weit geringer war als in den vorhergehenden Jahren, so kann deswegen für uns kein Grund zur besonderen Besorgnis oder gar zur Mutlosigkeit bestehen.

Ferner geht aus obiger Zusammenstellung hervor, daß von den 2216 abgegangenen Mitgliedern 1106, oder die Hälfte aller Abgänge auf Sterbefälle, Uebertritte, Abreisen und Militärlastpflichtige entfällt. 50 Prozent aller Abgänge sind natürliche Abgänge, die wir nicht verhindern können und nicht verhindern wollen. Die zu andern Gewerkschaften Uebergetretenen sind zwar für unsern Verband verloren, aber nicht für die Gewerkschaftsbewegung, denn sie führen in einer andern freien Gewerkschaft denselben Kampf weiter. Daß von den Abgereisten ein Teil unserer Organisation verloren geht, ist allerdings eine unliebsame Tatsache. Denn wie aus den Quartalsstatistiken der Gewerkschaften hervorgeht, ist in allen Gauen die Zahl der Abgereisten weit höher als die Zahl der Zugereisten. Aber auch diese Tatsache ist nicht immer auf Treulosigkeit der betreffenden Kollegen zurückzuführen. Sehr viele der Abgereisten irren Wochen und Monate umher, ehe sie Arbeit bekommen, sie bleiben mit den Beiträgen im Rückstand und treten dann lieber von neuem ein, ehe sie die großen Rückstände nachzahlen. Dies trifft besonders bei den Kollegen zu, die noch nicht berechtigt sind zum Besuche der Reiseunterstützung. Ein anderer, ebenfalls großer Teil der Abgereisten geht der Organisation dadurch verloren, daß er aus den Städten und Industriezentren auf längere Zeit in seine ländliche Heimat zieht und dort meist die Mitgliedschaft gar nicht aufrecht erhalten kann. Zerlegt man die Mitgliederfluktuation in ihre einzelnen Bestandteile, so sieht sie gar nicht so schlimm aus, wie wir es gemeinhin annehmen.

Wenn wir uns nun die Dauer der Mitgliedschaft der 1210 uns untreu gewordenen Mitglieder ansehen, so finden wir, daß 796 Mitglieder, gleich 66 Prozent aller Austritte, nicht einmal ein volles Jahr der Organisation angehört. Diesen Treulosen wird man mildernde Umstände nicht verjagen können, denn sie waren noch keine überzeugten Gewerkschaftler gewesen. Den Einflüssen der Gegner, den lieben unvernünftigen Anverwandten und unverständigen Schwägern sind sie erlegen. Nicht anderer Gesinnung sind sie geworden, sondern der Indifferentismus ist bei ihnen noch nicht gewichen und hat, durch besondere Umstände begünstigt, die Oberhand über sie gewonnen. Der Grund ihres Austritts ist nicht in den Einrichtungen unserer Organisation zu suchen, denn diese Einrichtungen haben sie noch gar nicht kennen gelernt. Daraus geht auch deutlich hervor, daß wir, wenn wir die Mitgliederfluktuation eindämmen wollen, uns in Zukunft mehr als jeither der Jungorganisierten annehmen müssen. Die Leiter der Zahlstellen, die die Austritte ruhig hinnehmen, ohne zu versuchen, die Wankelmütigen durch Aufklärung der Organisation zu erhalten, handeln sträflich.

Bedenklicher ist es schon, daß nach ein- resp. zweijähriger Mitgliedschaft immer noch 333 Kollegen, gleich 28 Prozent der Gesamtaustritte, der Organisation untreu geworden sind. In der Hauptsache sind es drei Gründe, derentwegen noch einzelne Mitglieder nach ein- resp. zweijähriger Mitgliedschaft aus dem Verbände austreten. Ein Teil davon geht in Staatsbetriebe, auf ein Dominium oder in sonstige Betriebe, wo ihnen die Zugehörigkeit zur Organisation unmöglich gemacht wird. Einem andern Teil dieser Mitglieder ist die Erwerbslosenunterstützung, die nach dieser Mitgliedschaft gezahlt wird, zu gering. Und der dritte und größte Teil verfällt ohne weiteres wieder der Gebantenlosigkeit, dem Indifferentismus zurück. Es sind eben auch nach ein- resp. zweijähriger Mitgliedschaft viele Kollegen noch nicht überzeugte Gewerkschaftler, auch sie bedürfen noch dringend der Aufklärung und der Ermutigung.

Schrecklich ist es, daß die Zahl der Austritte nach zurückgelegter 3jähriger Mitgliedschaft rapid sinkt. Unter den hier in Frage kommenden 1210 Ausgetretenen sind nur 81 Personen — kaum 7 Prozent —, die länger als drei Jahre Mitglieder der Organisation waren. Nach dreijähriger Mitgliedschaft sind die Kollegen schon meistens überzeugte Gewerkschaftler, oder, was nicht verkannt werden soll, der Anspruch auf erworbene Unterstützungsrechte hält sie an der Organisation fest. Nur selten wird ein älteres Mitglied der Organisation untreu. Die wenigen Austritte älterer Mitglieder haben fast immer ihren Grund in wirtschaftlichen Verhältnissen. Entweder sind sie zu alt oder invalide geworden, oder sie sind der Industriearbeit nicht mehr gewachsen und suchen dann in der Landwirtschaft ihr Fortkommen. Bei bejahrten Kollegen spielt auch die Furcht vor dem Unternehmer eine große Rolle; sie fürchten ihre Arbeitsstelle zu verlieren und scheiden — wenn auch ungerne — aus der Organisation aus.

Wenn sich diese Zusammenstellung auch nur auf einen kleinen Bruchteil der Gesamtmitgliedschaft unseres Verbandes erstreckt, so würde doch eine Statistik für den ganzen Verband kaum ein anderes Bild ergeben. Wenden würde sich nur das Bild über die Mitgliedschaftsdauer der Ausgetretenen in jenen Orten, wo die gelbe Seuche grassiert, da, wo die Unternehmer die gegenwärtige Notlage der Arbeiter ausnützen und sie in die gelben Vereine hineinverlocken. Wenn also hier und da ältere Mitglieder der Organisation untreu werden, so folgen sie nicht dem eigenen Triebe, nicht einem Wechsel ihrer Gesinnung, sondern dem brutalen Zwang des Unternehmers, der rücksichtslos die Hungerpeitsche über seinen Opfern schwingt.

In letzter Zeit haben die Arbeiterfeinde aller Schattierungen, vor allem die industriellen Scharfmacher, ein Triumphgefühl an-

gestimmt, daß die Gewerkschaftsbewegung im letzten Jahre keine Fortschritte gemacht, ja teilweise sogar Rückschritte aufzuweisen habe. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ jubelte in mehreren Artikeln, daß die Arbeiter anfangen, sich von den freien Gewerkschaften abzuwenden und scharenweise den gelben Vereinen zuströmen. Diese Darstellung ist entweder Selbsttäuschung oder man will damit die Arbeiter täuschen, um sie irrezuführen. Wenn das, was die „Deutsche Arbeiterzeitung“ schreibt, so wahr wäre wie es gelogen ist, so brauchten ja die Scharfmacher nicht nach Ausnahmegesetzen gegen die Gewerkschaften zu schreiben. Doch den Gelbsackmenschen sind eben im Kampfe gegen die Arbeiter keine Mittel zu schlecht und zu schmutzig. Von einer Umschwung in der Arbeiterschaft zu Ungunsten der Gewerkschaftsbewegung ist nicht die geringste Spur vorhanden. Gesünder denn je stehen die freien Gewerkschaften da! Doch ob die Scharfmacher jubeln oder Gift und Galle speien, ob sie offen oder aus dem Hinterhalt ihre unsauberen Wurfgeschosse gegen uns schleudern, in jedem Falle soll und muß das ein neuer Ansporn für uns sein, unsere Organisation auszubauen und unsere Mitglieder zu festigen und zu stärken. Eventuelle Mängel müssen untersucht und beseitigt werden. In einem zweiten Artikel werden wir daher untersuchen, was für Gründe es sind, die manche Mitglieder veranlassen, uns die Treue zu brechen, wobei auch noch über die Eindämmung der Fluktuation manches gesagt werden kann.

W. R.

Verschiedene Industrien

Gesetzgebung und medizinisch-chirurgische Gummiindustrie.

In dem Artikel der Nummer 7 des „Proletariats“ sagten wir den Ausgang der ersten Lesung in der Kommission voraus: Von den sozialdemokratischen Anträgen ist kein einziger angenommen worden. Die bürgerliche Mehrheit machte sich die Sache leicht. Schon in der Sitzung am 4. Februar beantragte das jüngst gewählte Zentrumsmitglied, nachdem es eine donnernde Philippika gegen die Stellung der Sozialdemokraten gehalten hatte, Schluß der Debatte. Der Protest der Sozialdemokraten veranlaßte die Fortziehung des Antrages. Die Debatte ging weiter, ihre Rufe wurden aber nur von den Sozialdemokraten bestritten. Ein Zentrumsmann und ein Nationalliberaler gaben je eine kurze Erklärung ab. Aus beiden klang der Unmut heraus, daß die Abstimmung nicht schon vorgenommen worden sei.

Neben einer kurzen, aber scharfen Polemik gegen den Zentrumsredner ging Kollege Brey noch einmal kurz auf das Problem der Bevölkerungszunahme ein. Er hob hervor, daß es in England ein Geisteslichter war, der den Satz aufstellte, daß die Bevölkerung sich in einem andern Zahlenverhältnis vermehre, als die Nahrungsmittel vermehrt werden könnten. Dieser Geisteslichter hat dann das Schließen der Ehen in den späteren Lebensjahren und die Kleinhaltung der Familie empfohlen. Der berühmte Nationalökonom J. Stuart Mill ist diesem Grundsatz beigetreten. In seiner Verwirklichung erblickt er das einzige Mittel, den Arbeitern auskömmliche Bezahlung zu garantieren. Dann kamen die deutschen Volkswirtschaftler. Im Jahre 1866 hat in Arbeiterversammlungen der Vizepräsident des Appellationsgerichts zu Ratibor, Kirchmann, das Zweikindersystem empfohlen. Der Staatsminister Schäffle, der Staatsmann Kümelen waren Malthusianer. Der Nationalökonom Stoetbeer war ein begeisterter Anhänger der Malthusischen Lehre. Koerber, ein Lehrer für Volkswirtschaft, hat die Malthusische Theorie „ein Besitztum für alle Zeiten“ genannt. Der konservative Professor Ad. Wagner hat sich öffentlich über das Bevölkerungsproblem so ausgesprochen: „... Der große Geburtenüberschuß hat seine Schattenseiten. Es würden Kinder über Kinder aufgezogen. Für die Heimat, für die halbe Welt, für die überseeischen neuen Länder. Es seien die deutschen Volksgenossen gegenwärtig beinahe den Juden gleich. Und überall, in Frankreich, in England, in Rußland, in Amerika und noch in vielen andern Ländern, in allen möglichen Erwerbszweigen, in Handelsgeschäften, in der Technik, im Lehrerberuf, freilich mehr in die einen als in die anderen Stellen, verstreut.“ Das war im Jahre 1880, als Wagner sich so äußerte, aber Malthusianismus ist es trotzdem.

Diese Auffassungen der bürgerlichen Theoretiker von der Staats- und Volkswirtschaft werden nun von einem großen Teil der Volksgenossen in die Praxis umgesetzt. Nun ist Deutschland in Not! Jetzt ist das Unsitte, Mangel an Verantwortlichkeit, Egoismus, Hang zur Bequemlichkeit, was einst von Stuart Mill „als einziges Mittel, den Arbeitslohn zu erhöhen und allgemein die Lage der Arbeiter zu verbessern“, gepriesen wurde! Die Lehren der deutschen Nationalökonomien führen nunmehr angelegentlich den Ruin Deutschlands herbei, wenn sie praktisch auch von der Arbeiterschaft befolgt werden.

Bassalle trat den Nachbarn der Malthusischen Theorie entgegen, desgleichen Marx. Letzterer stellte den Satz auf, daß jede besondere Erzeugungs- und Austauschperiode auch ihre eigenen Bevölkerungsgeetze habe. Diese Auffassung muß dem aufmerksamen Beobachter als durch die Erfahrungen bestätigt erscheinen. Die unsichere Wirtschaftslage, die miserablen Wohnungsverhältnisse schaffen die Vorbedingungen zur wohlweisen Beschränkung der Kinderzahl, und die steigende Erwerbsarbeit der Frauen, ihre frühzeitige Beschäftigung in Betrieben, die ihrer Gesundheit nachteilig sind, führen oft zur Gebärfähigkeit und sind Begleitererscheinungen unserer kapitalistischen Erzeugungsweise. Sie bestimmen mit naturnotwendigem Zwange die Regulierung des Nachwuchses, die heute zu beobachten ist. Dagegen wirken keine Reden, keine Beschlüsse, keine Gesetze.

Die Industrie, die sich mit Anfertigung der Präventivmittel befaßt, hat natürlich auch kein Verschulden an dem Zustande. Vor ihrer Existenz haben die Völker sich beholfen; mit Einschränkung der Industrie werden sie auch nicht dem Gebote folgen: „Seid fruchtbar und mehret euch!“ Es ist wohl wenig bekannt, daß der Erfinder gewisser Präventivmittel ein Arzt namens Meisinger war. Er praktizierte in Leipzig in einem von armen Arbeitern durchsetzten Viertel. Mitleid mit den Arbeiterinnen und ihren Kindern, von denen die nachgeborenen in der Regel hinfiedten und fortstarben, war für ihn der Anlaß, auf Vorbeugungsmittel zu finnen.

Alle Darlegungen Breys prallten ab an dem festen Willen der bürgerlichen Kommissionsmitglieder. Trotz der geltend gemachten Bedenken stimmten Zentrum, Polen und Konservative für den § 1. Er wurde abgelehnt. Das gleiche Schicksal hatten alle

sozialdemokratischen Anträge. Die Resolution ist im § 1 durch einen nationalliberalen Antrag geändert und fordert ein Gesetz in folgender Fassung:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1.

Der Bundesrat kann den Verkehr mit Gegenständen, die zur Beseitigung der Schwangerschaft bestimmt sind, beschränken oder untersagen.

Das gleiche gilt bezüglich der zur Verhütung der Empfängnis bestimmten Gegenstände insoweit, als nicht die Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des gesundheitlichen Schutzes entgegensteht.

Die vom Bundesrat getroffenen Anordnungen sind dem Reichstag, wenn er versammelt ist, sofort, andernfalls bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen.

Soweit der Bundesrat den Verkehr mit einzelnen Gegenständen untersagt hat, ist deren Einfuhr verboten.

§ 2.

Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer einer Verkehrsbeschränkung oder einem Verkehrsverbot oder dem Einfuhrverbot (§ 1) zuwiderhandelt.

Ist der Verkehr oder die Einfuhr verboten, so kann neben der Strafe auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, sofern sie dem Täter oder einem Teilnehmer gehören.

Ist die Verfolgung oder die Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auch die Einziehung selbständig erkannt werden.

§ 3.

Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu eintaufendfünfhundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird, wenn nicht nach andern gesetzlichen Bestimmungen eine schwerere Strafe verurteilt ist, bestraft, wer Gegenstände, die zur Verhütung der Empfängnis oder zur Beseitigung der Schwangerschaft bestimmt sind, öffentlich anündigt oder anpreist.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung, soweit die Anündigung oder Anpreisung in wissenschaftlichen Fachzeitschriften auf dem Gebiete der Medizin oder Pharmazie erfolgt.

Urkundlich usw.

Gegeben usw.

Die Regierung wird nicht lange zögern und einen Gesetzentwurf vorlegen, sobald diese Novelle das Plenum passiert hat. — Dann wurde auch beschlossen, das Verbot der betauften Artikel im Hausierhandel zu verbieten.

Aus den Arbeiten der Kommission interessieren unsre Kollegen noch Rohbernstein und Kunstbutter. Beim ersten soll der Verkauf, beim letzten der Verkauf durch Handel im Umherziehen verboten werden. Darüber in nächster Nummer.

Aus der Blumen- und Federnindustrie.

Eine wichtige Eingabe hat der Vorstand der Vereinigung der Berliner Blumen- und Federnindustrie an den Reichstag gelangen lassen. Sie behandelt den Kampf, der seit Jahren vom Standpunkt des Vogelschutzes gegen die Federnindustrie geführt wird, besonders zum Schutze der Reiher und Paradiesvögel. Wegen der Besorgung der Schwanzfedern dieser Vögel für Damenhüte wird die Ausrottung der ganzen Art gefürchtet. Die Eingabe legt nun dar, daß diese Befürchtung übertrieben sei, und daß eine Ausrottung auch in keiner Weise gewünscht werde. Es ist einleuchtend, daß eine Vernichtung der Vögel auch der Federnindustrie das Rohmaterial entzöge. Als Maßnahmen zum Schutze der Vögel und Wahrung der Interessen der Federnindustrie werden vorgeschlagen: 1. Jährliche Schonzeiten; 2. Reservate (das heißt Schutzplätze, an denen nicht gefangen werden darf); 3. Zucht. Zur Förderung der Zucht hat die Vereinigung der Deutschen Kolonialgesellschaft 10 000 Mark übergeben.

Nach der Eingabe beträgt der Umsatz in Schmuckfedern in Deutschland jährlich 50 Millionen Mark. In der Federnindustrie sind ungefähr 30 000 Arbeiterinnen beschäftigt. Bis vor 25 Jahren hatte Frankreich in Deutschland den Bedarf an Phantasiafedern zu decken. Das ist anders geworden. Die deutsche Fabrikation deckt nun den eigenen Bedarf, und bereitet mit ihrer Ausfuhr Frankreich erhebliche Konkurrenz auf dem Weltmarkt.

Die Zahl der Federnfabriken wird auf 150, die Zahl der selbständigen Arbeitsstuben auf 180 geschätzt. Diese Schätzungen gelten nur für Berlin und seine Vororte. Daneben gibt es noch Fabriken in Dresden, Leipzig, Breslau, München usw. Neben den 30 000 Arbeiterinnen ist auch eine bedeutende Zahl von Angestellten tätig.

Die verarbeiteten Materialien stammen nur zum Teil von edlen Vögeln. Der größere Teil ist Nachahmung aus andern Stoffen. Aber die Nachahmung unterbleibt, wenn die edleren Materialien aus irgend einem Umstände für den Handel beschränkt werden. „Nur was die feine Dame trägt, wird von der großen Masse verlangt und aus billigerem Material käufend ähnlich nachgeahmt“, heißt es in der Eingabe. So werden Reiher aus Gänzen, Fasanen, Gänzen usw. Federn hergestellt, andre Federn aus Kofhaar, Pflanzenfasern usw. Die Federnindustrie verarbeitet so aus Kofhaar und Wildgefäße 90 Prozent und 10 Prozent von exotischen Vögeln.

Mit dem Sammeln des heimischen Materials sind eine Reihe Personen beschäftigt, die Federn bei den Wildhändlern und den großen Hotels und Restaurants holen. Der Kupf wird nach den verschiedenen Arten in Anstalten sortiert; den Interessenten kann dann jede Art zur Verfügung gestellt werden. Dann wandern die Federn in die Färbereien. Außerdem kommen bei der Weiterverarbeitung Rohaufschuß und Benzol zur Anwendung. Bei der Färbung werden Watte, Draht und Papier verwendet. Zum Verband sind Kartons und Risten erforderlich, so daß man schon der petitionierenden Vereinigung darin bestimmen kann, daß die Federnindustrie eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung hat, die bei gesetzgeberischen Maßnahmen gewürdigt werden muß.

* Für notwendigen Arbeiterschutz ist kein Geld da.

Für Veranstaltung olympischer Spiele im Jahre 1916 waren im Etat des Reichshaushalts 200 000 M. vorgesehen. Die Budgetkommission des Reichstags konnte die Zweckmäßigkeit der Bewilligung aber nicht einsehen und schickte kurzerhand den Betrag; wahrscheinlich in dem Bewußtsein, daß die von der Waffe des Volkes aufgebrauchten Mittel für bessere Zwecke Verwendung finden dürften. Bei allen Sportfesten er-

regte natürlich dieser Beschluß auf. Sie versuchten mit einem Petitionssturm, der zeitig in den Reichstag hineinkam, den Beschluß umzuwerfen. An der Bewilligung der Summe sind auch jene Fabrikanten interessiert, welche „Sporthandwerkzeuge“ herstellen. Einen großen Teil solcher Handwerkzeuge liefert die Gummiindustrie; für sie bringen Sportveranstaltungen neue Aufträge. Die große „Continental“ in Hannover wandte sich infolge der ablehnenden Haltung der Budgetkommission in einem offenen Brief an den Staatsminister a. D. von Pöbbecke und bedauert darin die Ablehnung des Reichszuschusses. Sie hat die Überzeugung, daß es für viele Teile des deutschen Volkes nur der Anregung bedarf, damit diese Summe auf dem Wege einer öffentlichen Sammlung aufgebracht wird. Sie ist bereit, sich an die Spitze einer solchen Aktion zu stellen und 20 000 Mk. zu zeichnen. Man habe vor gegen die Art dieser Petition nichts einzuwenden, und die Summe von 20 000 Mk. bedeutet für die Continental, die bereits für das Jahr 1913 auf das erhöhte Kapital wieder 45 Prozent Dividende vor schlägt, eine Bagatelle.

Wir schließen aber weiter. Wenn es der Continental auf 20 000 nicht ankommt, wenn sie nach Vornahme enormer Abschreibungen und Kapitalverwässerungen wiederum in der Lage ist, 45 Prozent Dividende zu verteilen, so muß sie auch in andere, die größten Mängel, die die Gesundheit der Arbeiter gefährden, mit Leichtigkeit abstellen zu können. So wollen wir heute nur darauf hinweisen, daß beim Herstellen der Gummimischungen unter anderem auch Klebprodukte in Pulverform Verwendung finden. Ueber die Gefahren und die Wirkungsweise des Bleies auf den menschlichen Organismus haben wir öfter an dieser Stelle berichtet, so daß wir uns ersparen können, darauf einzugehen.

In der Milchabteilung der Continental sind zirka 400 Arbeiter beschäftigt, von denen der größere Teil fortgesetzt mehr oder weniger mit Blei in Berührung kommt. Infolge mangelhafter sanitärer Einrichtung, Beschränkungen der Pausen, zeitweise langer Arbeitszeit sind fast ständig bleikranke Arbeiter zu verzeichnen, und man spricht bereits von einem „Bleibei“ im Krankenhause. In dem Halbjahr Juli bis Dezember 1913 sind uns 18 Bleierkrankungen bekannt geworden. Wie viele mögen es noch sein, die zu unserer Kenntnis nicht gelangen! Im Juli v. J. wurde die Direktion auf den Uebelstand durch eine Eingabe aufmerksam gemacht und um Abhilfe gebeten. Im Januar d. J. ging erneut eine Eingabe an die Direktion mit praktischen Vorschlägen, deren Einrichtung wenig oder keine Kosten verursachen. Bis heute können die Arbeiter nicht wahrnehmen, daß irgend etwas für sie in dieser Richtung getan ist. Die Waschanstalt für die Milchabteilung ist äußerst mangelhaft. Handtücher werden nur alle 14 Tage verabreicht. Seife wird in so kleinen Portionen geliefert, daß sich überhaupt damit niemand waschen kann. Gläser, um Mund und Nase spülen zu können, gibt es nicht. Das Trinkwasser soll fast ständig lauwarm sein. Für Milch als vorbeugendes Mittel scheint die Continental kein Geld übrig zu haben. Doch hält! Den in der Rohmaterialienausgabe beschäftigten zirka 30 Mann ist auf eine Eingabe hin u. a. auch Milch bewilligt worden. Also für zirka 30 Mann langt es noch. Nun soll zugegeben werden, daß die Direktion nicht über alle Mißstände in dem großen Betrieb unterrichtet sein kann. Aber deshalb erhält sie ja gerade hin und wieder, wenn die Mißstände gar zu groß sind, Mitteilung. Wenn sie diese Mitteilungen dann nicht beachtet und für Abhilfe nicht sorgt, so ist man wohl zu der Annahme berechtigt, daß ihr an der Abstellung von Mißständen nicht sonderlich viel gelegen ist. Nun hätte die Direktion aber gar nicht nötig, sich um einzelne Mißstände zu kümmern. Die Meister bei der Continental sind mit den größtmöglichen Vollmachten ausgerüstet. Sie dürfen Arbeiter nach Belieben entlassen, dürfen nach eigenem Ermessen Lohnabzüge machen und dürfen Leute schikanieren. Es bedarf nur des stillen Befehls der Direktion, daß sich die Meister etwas mehr um das Wohl und Wehe der Arbeiter kümmern, dann würde manches anders werden. Von welchem sozialen Geist einzelne Meister erfüllt sind, zeigt Herr Mumme II. Seine Abteilung ist es gerade, in welcher die vielen Weiterkrankungen vorkommen. Und was hat Herr Mumme für ein Rezept zur Bekämpfung derselben? Der Arzt hat mehrfach angeordnet, daß bleikranke Arbeiter, wenn sie wieder arbeitsfähig sind, an anderer Arbeit beschäftigt werden sollen. Herr Mumme scheint dafür kein richtiges Verständnis zu haben, denn er erklärte einigen der betreffenden Arbeiter, wer bleikrank ist und in der Milchabteilung nicht mehr arbeiten kann, der kann in frischer Luft arbeiten. Da uns nicht bekannt ist, daß die Continental eine „Luftabteilung“ schon eingerichtet hat, so kann mit der Bemerkung des Herrn Mumme nur gemeint sein, daß sie entlassen werden. Also die Arbeiter hüben im Dienste der Continental ihre Gesundheit ein, und wenn dann der Arzt der Meinung ist, daß sie an andere Arbeit sollen, dann sollen die Arbeiter auf das Straßenpflaster fliegen.

Bei einer solch jabelhaften Rentabilität des Werkes sollte sich die Direktion des Werkes gar nicht lange um Abstellung der Mißstände mahnen lassen, sie hätte sofort auf die erste Eingabe hin für Abhilfe sorgen müssen. Soll es denn erst so weit kommen, daß die Gesetzgebung und ihre Organe zur Sicherung der Gesundheit der Gummiarbeiter die notwendigen Bestimmungen erlassen müssen? Wie meinen, ein Werk, das soviel soziales Empfinden in der Öffentlichkeit zur Schau trägt, sollte es als heiligste Pflicht erachten, die Arbeiter vor Krankheiten zu bewahren, deren Folgen man selbst seinem ärgsten Feinde nicht wünscht.

Korrespondenzen.

Streiks und Ausperrungen bestehen in Breslau (Waggongfabrik); Griesheim bei Darmstadt (Kammgarnfabrik); Leipzig (Brotbacken-Gelatinerianstalt H. Hausmann); Remel (Chemische Fabrik „Union“); Ojsewabach a. M. (Zellulosewarenfabrik Kohl u. Wengenroth); Kagenwalde bei Köstlin; Schorndorf i. Würt. (Knopffabrik F. Jähner).

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten!

Hildesheim. Auch in unserer Zahlstelle machte sich im verfloffenen Jahre die Krisis bemerkbar, so daß wir mit einem Mitgliederverlust zu rechnen haben. Jedoch hatten wir einen höheren Markennutzen als im Vorjahre, ein Beweis, daß die Zahlung der Beiträge eine pünktlichere geworden ist. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß sich verschiedene Mitglieder nicht an noch pünktlicheren Bezahlen gewöhnen müßten.

An Unterstützungen aus der Hauptkasse wurden 4733,40 Mk. gegen 426,65 Mk. im Vorjahre bezahlt, dazu aus der Volkslasse 65,20 Mark, in Summe 4798,60 Mk. Lohnbewegungen wurden zwei geführt. Beide endeten mit einem Erfolg für die Arbeiter. Beide Fälle haben bewiesen, daß wir Einigkeit vorhanden ist, auch eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen werden kann.

Als die Arbeitsung der beschriebenen Mißstände in den Betrieben zu veranlassen, haben wir uns zweimal an die Gewerbeinspektion gewandt. Ob unsere Mitteilung beachtet worden ist, ersiehe sich unserer Kenntnis. Bekannt ist, daß die Mißstände nach wie vor vorhanden sind. Die Polizei hatte ein wachsameres Auge auf unsere Organisation. So mußte ein Zahlverweigerer im Strafmandat in Höhe von 10 Mk. begreifen, weil er die Kasse der Papierfabrik Reine zu einer Betriebsversammlung eingeladen hatte. In einer öffentlichen Versammlung in Lompen wurde durch zwei Kollegen mit je einem Strafmandat bedroht, weil sie als Jugendliche einer politischen Versammlung beigewohnt hätten. Die gegen diese Strafmandate eingelegte Verzugsur wurde vor dem Schöffengericht in Hildesheim verworfen, dagegen wurde ihr vor dem Landgericht in Hildesheim zurückgegeben und die Kollegen wurden freigesprochen. Die Kosten, einschließlich der Verteidigung, wurden der Staatskasse aufgelegt. Die Begründungen beider Urteile sind wichtig genug, um sie der Öffentlichkeit zu unterbreiten. In dem Urteil des Schöffengerichts heißt es:

Die Gewerbeinspektion hat erwiesen, daß die beiden Angeklagten, trotzdem sie das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, am 13. April in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung in Lompenge anwesend waren.

Es handelt sich daher nur um die Frage, ob die Versammlung als eine öffentliche politische Versammlung anzusehen ist.

Das Gericht ist aus folgenden Gründen der Überzeugung, daß es sich bei dieser öffentlichen Versammlung um eine politische handelt, obgleich sie nicht als solche bezeichnet war und auch die Tagesordnung nur die Erörterung gewerkschaftlicher Fragen betraf.

Nach dem im wesentlichen übereinstimmenden Aussagen der Zeugen hielt sich der Referent im Anfang streng an sein Thema: Die modernen Gewerkschaften in der heutigen Volkswirtschaft und die Maß-

nahmen ihrer Gegner“, wick dann aber mehr und mehr von ihm ab und geriet dann in das politische Fahrwasser. Im Besonderen griff die christliche Kirche und ihre Einrichtungen an, trat für die Entfremdung des Religionsunterrichts aus den Schulen ein, sprach über die Parteilichkeit der Richter gegenüber den Arbeitern und klagte über die Niederhaltung der Arbeiter in Deutschland in ihren wirtschaftlichen und politischen Rechten. Alles, was der Referent in dieser Beziehung vorbrachte, war politischer Natur, da es unmittelbar den Staat, seine Gesetzgebung oder Verwaltung betrafte. Freilich wird eine Versammlung noch nicht dadurch zu einer politischen, wenn in einer zu einem anderen Zwecke veranstalteten Versammlung von einzelnen gelegentlich das Gebiet der politischen Erörterungen betreten ist. (Kammergericht 9. 1. 06. Hohov, Band 17, S. 423.)

bleibt es aber nicht bei einer gelegentlichen Abschweifung ins Politische, sondern werden in einer zu einem anderen Zwecke veranstalteten Versammlung tatsächlich politische Angelegenheiten erörtert, so hat sich das ursprüngliche Programm verändert und die Versammlung wird dadurch zu einer politischen.

Es kommt also nicht auf die Tagesordnung an, sondern auf das, was in Wirklichkeit verhandelt ist. Nach den eiblichen glaubhaften Aussagen der Zeugen Bredendorf (Gendarm), Hagemann und Pellet (ersterer ist Vorsitzender des christlichen Maurerverbandes, Zweigverein Hannover; letzterer ist Gauleiter des christlichen Metallarbeiterverbandes in Hannover. D. B.) wird für erwiesen erachtet, daß der Referent die politischen Angelegenheiten nicht vorübergehend gestreift, sondern in der Hauptsache behandelt hat. Denn nach diesen Zeugenaussagen muß angenommen werden, daß die Erörterungen über die genannten politischen Fragen noch ausführlicher waren, als die Erörterungen über gewerkschaftliche Fragen. Die beiden Zeugen Büchel, der Versammlungsleiter war, und Egger stellen nicht in Abrede, daß die vorerwähnten Themen besprochen sind, indes befinden sie, daß dies nur unter dem Gesichtspunkte und in Verbindung mit gewerkschaftlichen Fragen geschehen ist.

Das Gericht ist aber der Ansicht, daß, wenn eine derartige ausführliche Behandlung eintritt, der Gesichtspunkt sich im Laufe der Versammlung verschoben hat und tatsächlich gewerkschaftliche Fragen in Verbindung mit politischen Fragen und unter dem Gesichtspunkte politischer Fragen erörtert worden sind.

(Es folgt nun der Schlusssatz betreffs Abweisung der Klage.) Zu dieser Angelegenheit muß bemerkt werden, daß die Vertreter der christlichen Organisationen versuchten, die Versammlung auf das politische Gebiet zu schieben, was aber vom Vorsitzenden nicht gebuldet wurde.

In dem Urteil des Landgerichts vom 9. August 1913 heißt es: „Die Angeklagten werden freigesprochen, die Kosten des Verfahrens einschließlich der den Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen und die Kosten der Verteidigung werden der Staatskasse aufgelegt.“

Aus den Gründen heben wir hervor:

Sie brauchten auch nach der Sachlage nicht etwa damit zu rechnen, daß sich die Versammlung zu einer politischen gestalten werde, was sie gegebenenfalls verantwortlich machen würde. Gemäß jener Anfangsintention konnten und mußten die zum Besuch der Versammlung Aufgeforderten annehmen, daß wirtschaftliche Fragen zur Erörterung gelangen würden. Wenn also die beiden noch nicht 18 Jahre alten Angeklagten zunächst einmal die Versammlung aufsuchten, so war ihnen deswegen kein Vorwurf zu machen.“

Nachdem man sich nun wieder auf die drei oben angegebenen Zeugen beruft und noch betont wird, daß die christlichen Vertreter das Empfinden gehabt hätten, als solle die Versammlung zur Vorbereitung der Landtagswahlen dienen, heißt es im Urteil weiter:

„Wenn sie aber, nachdem die Versammlung im angegebenen Sinne zu einer politischen geworden war, noch dort verweilen oder anwesend bleiben, so waren, objektiv betrachtet, sämtliche Tatbestandsmerkmale des § 17 des Vereinsgesetzes gegeben, gleichwohl konnte das Gericht zu einer Bestrafung der Angeklagten nicht gelangen. Denn Voraussetzung für die Strafbarkeit der beiden Angeklagten war, daß sie inne geworden waren, sie befänden sich tatsächlich in einer der Erörterung politischer Fragen dienenden Versammlung.“

Hielten sie irrtümlich die Versammlung bis zum Schluß für eine wirtschaftliche Versammlung, so veranlassen sie den Begriff wirtschaftlich bzw. politisch, also einen außerstrafrechtlichen, vorliegend zum gesetzlichen Tatbestand gehörenden Begriff, dessen Verletzung ebenso wie der Irrtum über eine Tatsache die Strafbarkeit gemäß § 59 des Strafgesetzbuchs ausschließt.

Daß aber die Angeklagten tatsächlich den wahren Charakter der Versammlung nicht erkannt haben, mußte das Gericht nach dem Alter der Angeklagten annehmen. Der Angeklagte Seuer war zur Zeit der Versammlung 16 Jahre, Bodenstein 17 Jahre alt.

Bei diesem Alter aber besitzen junge Arbeiter nicht das nötige selbständige Denkfähigkeit und die nötige geistige Kritik, um herauszufinden, ob dauernd politische Fragen erörtert werden. Sie verstehen wohl einzelne Sätze und deren Inhalt, haben aber kaum die Fähigkeit, dauernd dem Gedankengange des Redners zu folgen, geschweige denn die damit verbundenen Zwecke und Endziele zu erkennen.

Also kann man auch von ihnen nicht erwarten, daß sie selbstständig, d. h. ohne von dritter Seite aufgefordert oder aufmerksam gemacht zu werden, den Saal verlassen. Eine solche Aufforderung ist aber an sie nicht ergangen.

Somit waren die Angeklagten freizusprechen.“

Also auch diese große Aktion verlief im Sande, und die Staatskasse hat wieder einmal die Kosten tragen müssen.

Wenn wir nun auch keine Ursache haben, mit dem verfloffenen Jahre zufrieden zu sein, so liegt doch auch keine Ursache zum Mißmut vor. Denn die Mitglieder aus dem Bericht die Lehre ziehen, daß sie mehr als bisher ihre Dienste der Organisation zur Verfügung stellen, wenn mehr für Aufklärung getan wird, dann dürften auch die Fabrikarbeiter in Hildesheim sich die Achtung erobern, die sie schon längst haben sollten.

Rundschau.

Wieder ein Streikbrecheragent als Lotischläger.
In Tetschen a. d. Elbe (Böhmen) hat der Agent Paul Keiling aus Berlin, der arbeitswillige deutsche Seher nach Oesterreich gebracht hatte und deshalb mit den freilebenden Sehern aus Tetschen in einen unbedeutenden Wortwechsel geriet, den Buchdruckmaschinenmeister Solinger von der Bodenbacher sozialdemokratischen Druckerei niedergeschossen. Solinger ist Montag früh gestorben. — Das sind die Folgen der Verherrlichung der Streikbrecher, die dem Bahn verfallen sind, tun und lassen zu können, was sie wollen!

Gegnerische Gewerkschaften.

Ein christlicher Wahrheitsbeweis.

Als im Herbst des vergangenen Jahres in den Maggawerten in Sagen die Arbeiterauswahlwahlen stattfanden, lästerten die Maschinenbauer Christen in Zirkularen und in der „Gewerkschaftsstimme“ über die freien Gewerkschaften im allgemeinen und im besonderen über die Auswahlgewerkschaften Knerr und Speck. Die beiden letzteren wurden in der gewöhnlichen Weise persönlich angegriffen und in ihrer Eigenschaft als Auswahlgewerkschaften verächtlich gemacht, es wurden ihnen sogar unlautere Motive untergeschoben. Dieserhalb erhoben die beiden Genannten Klage gegen den hellverwandelten Redakteur der „Gewerkschaftsstimme“, Herrn Kuhn. Auch sein Freund Redakteur Kuen vom Singener Zeitungsbüro durfte in gleicher Sache vor Gericht erscheinen. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Vorgänge bei den Arbeiterauswahlwahlen total falsch wiedergegeben wurden. Nach längerem Verhandlung wurde auf Antrag des Gerichts in beiden Fällen ein Vergleich abgeschlossen. Die angeklagten Redakteure Kuhn und Kuhn nehmen die persönlichen Beleidigungen juridisch und ebenso auch die in dem Artikel aufgestellten beleidigenden Behauptungen, aus denen man entnehmen konnte, als ob die Wahlen zum Auswahlgewerkschaften des Reglements der Werkzeuge der Fabrik gegangen wären. Außerdem haben sie sämtliche Kosten, auch die der Privatkläger, zu tragen.

Der Ausgang des Prozesses ist eine schwere Niederlage der christlichen Gewerkschaftsbewegung in den Maggawerten. Goffentlich ziehen die christlichen Strategen aus ihrem neuen „Erfolg“ die Lehre, daß man wider seinen Nächsten nicht falsches Zeugnis geben darf, denn außer der Strafe des irdischen Richters wartet ihrer auch noch die Strafe im Jenseits.

Verbandsnachrichten.

Statistik. — Graue Karten.

Für Monat Februar sind die grauen Karten bis zum 4. März einzusenden. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise gilt der 28. Februar.

Für den Monat Januar hatten bis zum 8. Februar nicht berichtet:

Gau	Zahlstellen	Mitglieder		zusammen
		männlich	weiblich	
1	9	576	10	586
2	1	10	—	10
3	3	181	1	182
4	1	6	—	6
5	—	—	—	—
6	6	514	74	588
7	3	387	23	410
8	3	81	1	82
9	—	—	—	—
10	—	—	—	—
11	5	141	4	145
12	2	29	—	29
13	1	32	—	32
14	4	207	12	219
15	4	260	1	261
Zim Verbands	42	2424	126	2550

Vom 10. Februar an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Z. B. 3,—. Mainz 3238,12. Vorby 250,—. Borna 5. A. 200,—. Neustadt a. d. S. 200,—. Nürnberg 6,—. Neustadt b. R. 152,74. Saarau 6,—. Niedersachswerfen 1,20. Stuttgart 1000,—. Saarbrücken 30,—. Dmütz 13,20. Kolbemoor 5,—. Arnstadt 400,—. Nürnberg 3,—. Mannheim 1000,—. Sebnitz 250,—. Goytau i. Schl. 200,—. Waldheim 150,—. Hocht a. M. 9,—. Reiz 6,—. Stettin 1,—. B. S. —50,—. Elbing 500,—. Weißwasser 100,—. Uthahensleben 10,55.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

Weserlingen 5,90. Herzfelde 4,40. Genthin 3,45. Pöbner 3,35. Jekhenid 3,25. Soltau 2,15. Borne 1,80. Gr.-Westen 2,85. Queblinburg 2,65. Saarbrücken 1,25. Rößky 1,05. Kronach —,60. Ziegenhals 3,—. Großenhain 5,20. Alstedt 1,65. Hennigsdorf 9,90.

Schluss: Montag, den 16. Februar mittags 12 Uhr.
Fr. Brunß, Kassierer.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1913 haben eingesandt:
Kahl a. M., Göppingen, Ofstheim.

Ausgeschlossen

wurden die Mitglieder der Zahlstellen
Stettin. Max Fuhrner, Buch-Nr. 439 057.
München. Ludwig Bayerischmied, Buch-Nr. 372 470 und
Joseph a. Döchner, Buch-Nr. 358 132.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
514 000	Wilhelm Wehmer	25. 5. 90	24. 11. 11	Singen
320 757	Ludwig Singer	22. 5. 79	9. 5. 08	Neufahrn
375 103	Heinrich Myll	29. 8. 78	17. 7. 09	Worms
429 622	Johann Frit	10. 7. 87	28. 4. 10	Waltershausen
472 288	Heinrich Willwod	16. 8. 63	26. 6. 11	Rößlin
440 387	August Brud	—	16. 7. 10	Berlin
493 196	Gustav Hanisch	—	1. 5. 06	Wie

Karten-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
285 947	Richard Böhme	11. 7. 96	16. 1. 13	Waldheim
357 51	Max Neumann	17. 12. 90	6. 4. 13	Obbau
295 965	Friedrich Kleemann	21. 5. 86	17. 5. 13	Neuwieb
309 023	Johann Schäffler	12. 12. 91	4. 2. 13	Kranfurt a. M.
369 391	Walter Behn	2. 10. 96	8. 12. 13	Hamburg
345 786	Johann Mauter	11. 5. 88	31. 5. 13	Wöln
297 901	Hans Lachner	4. 6. 86	22. 3. 13	Stade
373 843	Walter Sommer	17. 9. 89	25. 1. 14	Stade

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Bodenwerder. Heinrich Harre, Kleine Straße.
Zeitzburg. Wilhelm Schirmer, Weidenstr. 7.
Wienburg. 1. Bevollmächtigter: Johann Schön, Zuberger Straße 20, St. 3. Et. Bureau: Schloßstraße 42/44, Zimmer 5.
Zahr i. B. Max Wille, Schützenstr. 20.
Wälheim a. d. M. Gustav Prang, Oberhausen, Wälheimer Straße 422.
Sebnitz i. S. Otto Dittrich, Hofhainersdorf 33 bei Sebnitz. Geschäftsführer: Emil Weichold. Bureau: Fertigschwalder Straße 140. Geöffnet von 10 bis 3 1/2 Uhr. Sonnabends bis 1 Uhr.
Troßberg. Joseph Fischer, Nr. 76 1/2.
Werkmünde. Karl Pipperton, Stettiner Straße 17. P. Laatsch, Köpfer Straße 4.

Inserate.

Zahlstelle Waltershausen

und bis zum 1. Mai 1914 einen

Geschäftsführer.

bedeuten wird auf eine tüchtige Kraft. Derlei muß die Kassen- geschäfte einer größeren Verwaltungsstelle führen können und zur Haltung von Büchern befähigt sein. Bewerber haben außer einer füragefähigen Schlichterung ihres Lebenslaufes, unter Berücksichtigung ihrer bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, noch eine schriftliche Arbeit über folgende Fragen anzuliefern: 1. Wie sind die Kassen- geschäfte am besten zu führen? 2. Wie ist die Zahlstelle am besten aus- zubauen? 3. Wie ist die Kassen- und Buchführung zu betreiben? 4. Welche Bedingungen ist derartige Buchführung zu unserer Organisation? Das Antwortschreiben ist bis zum 1. März 1914 im übrigen gefüllt die Bedingungen der Inhaltskategorie II des Dresdener Verbandstages. Kollegen in ähnlicher Stellung sind ihre leibliche Tätigkeit beim Gehalt in Anrechnung gebracht. Bewerbungen sind bis spätestens den 3. März an den Unter- geschäftsführer einzusenden. E. Piegau, Waltershausen, Stadtgraben 8. 10.00 Mk.]

Chemische Industrie

Neue Kämpfe um gesetzlichen Arbeiterschutz in der chemischen Industrie.

Der Arbeiterschutz

In der chemischen Industrie beschäftigte die Petitionskommission in ihren beiden letzten Sitzungen am 5. und 12. Februar. Die Erörterungen drehten sich um eine Eingabe des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands. Die Eingabe übermittelt einen Beschluß der Hauptversammlung vom 25. Oktober 1913, welche sich in der Hauptsache mit den sozialdemokratischen Anträgen zum Schutze der Arbeiter in der chemischen Industrie befaßte. Das Vorgehen der sozialdemokratischen Fraktion zeitigte belanlich die Annahme einer Resolution, in welcher die Regierung ersucht werden, eine Bundesratsverordnung zu erlassen, welche Bestimmungen zum Schutze der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter vorschreibt, vor allem Anordnungen trifft über:

1. Festsetzung eines sanitären Maximalarbeitstages (§ 120f der Gewerbeordnung) für alle Betriebsabteilungen, in welchen giftige Stoffe hergestellt oder verarbeitet werden;
2. Einschränkung der Ueberzeitarbeit und Verbot der überlangen Wechselshiften;
3. Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages für die an Sonn- und Festtagen Beschäftigten;
4. Verbot der Akkorarbeit für Arbeiter, die mit giftigen, feuer- und explosionsgefährlichen Stoffen zu hantieren haben;
5. Belehrung der Arbeiter über die Gefahren bei der Bearbeitung von giftigen, feuergefährlichen und explosionsfähigen Stoffen, sowie über die gesetzlichen Vorschriften zum Schutze der Arbeiter;
6. Normalvorschriften für sanitäre Einrichtung der Arbeitsräume, Wasch- und Badeanstalten, Ankleide- und Speiserräume;
7. ständige Untersuchung und Beobachtung der Betriebe und der Arbeiter durch beamtete Verke;
8. Zuziehung von Arbeiterkontrolloren zur Mitüberwachung der Arbeiterschutz- und Unfallverhütungsvorschriften.

Die Herren aus der chemischen Industrie sind nun der Meinung, daß die geplanten Ausnahmestimmungen in keiner Weise geeignet sind, den Schutz in der chemischen Industrie zu fördern. Die beantragten Forderungen seien in diesem Umfange auch nicht erforderlich. Der Gesundheitszustand der Arbeiter in chemischen Betrieben sei durchaus nicht ungünstiger als in andern Gewerben. Die chemische Industrie habe stets allen Maßregeln zugestimmt, die dem Schutz ihrer Arbeiter zugute kommen. Sie wende sich aber mit Nachdruck gegen jeden unnötigen Zwang und gegen jede überflüssige Reglementierung.

Zunächst sei festgestellt, daß dieser Antrag, umgeworfen in eine Resolution, bereits die Zustimmung des Reichstags gefunden hat. Die Annahme vollzog sich im Januar 1913, und ziemlich einstimmig. Die Herren kommen somit einige Posttage zu spät. — Der Eingabe ist jener Vortrag im Druck beigelegt, den der Geheimrat Regierungsrat Dr. F. Oppenheim auf der Hauptversammlung des Vereins gehalten. Darin werden auch die Angaben, die von den einzelnen Fabriken auf Anfrage gemacht wurden, mitgeteilt. Danach soll nicht durch Verkürzung der Arbeitszeit, sondern durch die Verbesserung der Fabrikeinrichtungen einer Gesundheitschädigung der Arbeiter vorgebeugt werden. In Betrieben, in denen sich giftige Gase und Dämpfe entwickeln oder in denen Produkte verarbeitet werden, die durch Eindringen in die Haut eine Vergiftung hervorzurufen können, müssen eben die Arbeiter vor der Einwirkung dieser giftigen Gase und Dämpfe geschützt werden. Das Verbot der Akkorarbeit bei Arbeiten mit giftigen, feuer- und explosionsgefährlichen Stoffen findet auch nur bedingt die Zustimmung der Herren aus der chemischen Industrie. Ebenso geht es mit andern Forderungen. Der Widerspruch ist noch lange kein Beweis, daß die Forderungen unbegründet sind. Die in der chemischen Industrie beschäftigten Kollegen sind anderer Meinung, und sehen in den Forderungen das Notwendigste zum Schutze für ihr Leben und ihre Gesundheit.

Leider sieht das die Regierung nicht ein. Der Entschluß der verbündeten Regierungen zu der angenommenen Resolution lautet also: „Es ist notwendig, zunächst einwandfrei festzustellen, in welchen Zweigen der chemischen Industrie die Arbeiter tatsächlich erheblich geschädigt sind. Der Reichsgesundheitsrat ist daher beauftragt worden, die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in der chemischen Industrie eingehend zu untersuchen.“

Trotzdem bleibt der Beschluß bestehen. Die Erhebungen, die mit Zuziehung der Arbeiter vorgenommen werden, sobald die gegebene Zusage eingelöst wird, sind also Vorarbeit. Nach unsrer Auffassung verzögern sie den Schutz der chemischen Arbeiter. Ueber all diese Dinge sind die Fabrikbesitzer und Leiter unterrichtet gewesen. Man weiß, was Herr Kommerzienrat Holz im Jahre 1908 gesagt hat — und trotzdem wird Sturm gegen die Arbeiterschutzbestrebungen gelaufen.

Referent für die Petition war der Zentrumsmann Jrl. Er beantragte, sie dem Herrn Reichskanzler zur Kenntnisnahme zu überweisen. Der Mitberichterstatter, Sozialdemokrat Lünnig, beantragte, die Petition wegen des gefaßten Reichstagsbeschlusses als ungeeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären. Es entspann sich hierüber eine eingehende Debatte. Die bürgerlichen Redner forderten — den Fortschrittler Fegter ausgenommen — Ueberweisung. Man müsse auch den andern Beteiligten die Möglichkeit, ihre Bedenken zu äußern, geben. Das Material der Arbeitgeber müsse geprüft werden. Jedenfalls beständen auch Fabriken, welche die geforderten Maßnahmen nicht durchführen können; deren Interessen zu wahren, müsse die Regierung die Möglichkeit haben. Den verbündeten Regierungen dürfe man die Meinung der Industriellen nicht vorenthalten. — Der Kollege Breh, als ständiges Mitglied der Petitionskommission, griff wiederholt in die Debatte ein. Er stellte fest, daß keine Industrie seit Jahren so günstig gestellt sei, wie die chemische Industrie. In den letzten Jahren haben nicht ein-

mal die Krisen einen Rückgang der Rentabilitätsziffern gebracht. Im Dividendenbezug sei die chemische Industrie führend. Ungeheuer groß seien die Gefahren für Leben und Gesundheit. Er erinnerte an die Ausstellung der Bilder von Kranten- und Unfallfolgen, die er gelegentlich einer Rede auf dem Tisch des hohen Hauses veranlaßt hätte. Seit Jahren schreien Arbeiter, Verke und einschichtige Sozialpolitiker nach Schutz für die Arbeiter in der chemischen Industrie. Bislang vergeblich. Nun komme die Petition der chemischen Fabrikanten, um als Brennstoff dem gefaßten Reichstagsbeschlusse angehängt zu werden. Auch aus Achtung vor den Beschlüssen des Reichstags dürfe man dem Antrag nicht beitreten. Die Sorge, die chemischen Industriellen könnten der Regierung ihre Wünsche nicht unterbreiten, sei ganz überflüssig. Richtig sei vielmehr, daß diese beide Dhten der Regierungen besitzen und um jeden Schritt befragt werden. Die Verbindung zwischen Industrie und Regierung werde außerdem dargestellt durch die Herren Geheimrat Lehmann aus dem Reichsamt des Innern, der sich noch bei jedem Angriff auf die Profittout der „Chemiker“ sofort zur Verteidigung bereit gefunden habe. Die bürgerlichen Redner legen nunmehr auf dreierlei Wert: 1. Sie bestreiten nicht die Notwendigkeit des Arbeiterschutzes in der chemischen Industrie; 2. mit Ueberweisung der Petition soll dem Schutze nicht entgegen gewirkt werden; 3. der Ueberweisungsbeschluß soll keine Einschränkung des vom Reichstag angenommenen Antrags darstellen. Im Namen der sozialdemokratischen Mitglieder lehnt Breh die Zustimmung auf Ueberweisung auch unter der gegebenen Begründung ab und fordert Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Antrag. Für letzteren stimmen 13 (2 Polen, 2 Fortschrittler), dagegen 14. Im Plenum wird dann der Kampf aufs neue aufgenommen werden.

Erfolge gelber Herrlichkeit in Bitterfeld.

Wenn es gilt, unter den Arbeitern der chemischen Industrie Bitterfelds Verwirrung anzurichten, die ausgemergelten Industriellen von erfolgversprechenden Wegen, die zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen führen, abzubringen, dann finden sich immer eine Anzahl Soldlinge des Kapitals zusammen, um die nötigen Handreichungen und Unterstützungen zu leisten. So wurde belanlich vor nicht langer Zeit in den Greppiner Werken unter dem Vorgeben, eine Krankenunterstützungsanstalt im Interesse der Arbeiter zu errichten, eine Vereinigung zusammengedrückt, die mehr dem Interesse der Unternehmer dient. Unter Dr. Curjchmanns Direktionen vollzog sich die Gründung, der Arbeiter Genfide hatte der Form nach die Leitung und die Arbeiter mußten bisher allwöchentlich 15 Pf. bleihen.

Mittlerweile sind Änderungen eingetreten. Genfide wurde aus Gründen, die der Öffentlichkeit noch nicht belannt sind, seines Amtes enthoben. Er bekam außerdem einen andern Arbeitsplatz; wohl aus der Erwägung heraus, daß entlassene Leute gern aus der Schule plaubern, ihrem gepreßten Herzen gar zu gern Luft machen. Eine weitere Aenderung tritt in der Beitragsleistung ein. Anstatt 15 Pf. sollen die Arbeiter wöchentlich nunmehr 30 Pf. für die nicht in ihrem Interesse arbeitende Vereinigung zahlen. Begründend wird angeführt, daß der Werkverein sich einem Zentralverein anschließen will. Die Beiträge werden nach einem ungeschicklichen Verfahren direkt vom Lohn abgezogen. Damit der Indifferentismus der Arbeiterchaft der chemischen Industrie Bitterfelds ihnen sich die dortigen Nachhaber solche Angelegenheiten erlauben, ohne daß bisher ein ernster und energischer Protest der gesamten Arbeiterchaft am Plage erfolgte.

Mit der Krankenunterstützungsanstalt fing man an, gründete den Werkverein dazu, erhöhte jetzt die Beiträge und geht nunmehr dazu über, die Spartheorie der Wirtschaftsfriedlichen in die Praxis umzusetzen. Wiederum ist es Curjchmann, der den Arbeitern mal zeigen will, wie man durch Sparen zu Reijh kommt. Belanlich werfen uns Leute mit Riesenreijh gutem Eintommen vor, daß wir das Wirtschaften und infolge dessen auch das Sparen nicht verstehen. Diese Leute sind aber am allerwenigsten dazu berufen, uns Wege zu weisen, die sie unter gleichen Verhältnissen und mit gleichen Mitteln nicht einzuhalten in der Lage sind. Curjchmann will also eine Sparlasse einführen. Die Spargelder der Arbeiter sollen mit 5 Prozent verzinst werden. Von den gesparten Geldern könnte sich nach Curjchmann dann jeder Arbeiter nach 20-jähriger Sparsparatigkeit eine Wirtschaft in der Umgegend kaufen. Etwaige Fehlbeiträge beim Ankauf würde unter Umständen das Werk zuschießen. Mit diesen unverbündlichen Redensarten glaubt er den Arbeitern das Sparen, das ihnen bei den jämmerlichen Löhnen ungeheuer schwer fallen muß, ja unmöglich ist, schmachtig zu machen und Forderungen nach Erhöhung der Löhne hinterzuziehen zu können. Wir glauben nicht, daß sich unter den Zuhörern auch nur 2 Prozent fanden, die den Worten Curjchmanns ernsthaft Glauben schenken. Bei einigem Nachdenken muß jeder Arbeiter sofort herausfinden, daß Curjchmann auch hier im Interesse der Firma Schönfärberei betreibt. Unseres Wissens nach ist er wohl der einzige Betriebsarzt in der chemischen Industrie, der Rollen spielt, die ihm eigentlich nicht zukommen. Belehrende Vorträge über Verhütung von Unfällen und Gewerbekrankheiten vor Arbeitern gehalten, würden seiner Tätigkeit besser entsprechen. Wenn die Arbeiter seinen Rat befolgen und lieber sparen, anstatt Löhnerhöhungen zu fordern, so müssen sie nunmehr ein neues Loch in den Hungerriemen schneiden, damit sie dann bei Eringung der Meisterchaft im Sparen die vor Hunger knurrenden Eingeweide besser als bisher zusammenschämen können.

Zur Einschläferung und Verdummung der Arbeiter fand kürzlich ein Vortragabend statt. Die gelben Drahtzieher ließen auf die armen Zuhörer hintereinander 4 Redner los, die über Werkereinsbewegung, Arbeitsschwieje für Werkereine, die Presse und ihre Bedeutung und die nationale Volksversicherung ihre Weisheit verzapften. Was mag da an Verdrehung und Beschimpfung über die moderne Arbeiterbewegung geleistet worden sein!

Doch Spaß beiseite! Der Werkverein der Greppiner Werke rühmt sich, eine „Verbesserung“ erzielt zu haben; er hat nämlich erreicht, daß ein Teil der Arbeiter seinen Lohn bereits am Dienstag bekommt, und führt dazu weiter an, daß diesem Teil nun bessere Einkaufsgelegenheit im Kaufhaus geboten werde. Eine echt gelbe „Verbesserung“, die an Bescheidenheit nichts zu wünschen übrig läßt und von der Arbeiterchaft absolut nicht als Verbesserung empfunden wird.

Auch im Werke Griesheim-Elektron machen die Direktion und ihre Drahtzieher stark in wirtschaftsfriedlichen Gründungen. So hielt der nationale Werkereine mit vielleicht internationaler Mitgliedschaft am 7. Februar Kaisergeburtstagsfeier ab. Die Veranstaltung kommt zwar reichlich spät. Unschönem war am 27. Januar kein Lokal am Orte frei, wo die gelben Arbeiter S. W. rechtzeitig huldigen konnten. Da aber die Herren Meisteroffiziere, so vermuten wir, unter sich sein wollten, mußten sich die Arbeiter gelber Couleur wahrscheinlich mit der Verschiebung der Feier trösten. Hoffentlich hat der nationale Godanke nicht darunter gelitten. Dr. Rudloff aus der Abteilung M des Werkes „Elektron“ entbedete auf besogter Feier Mutapfelnepatriotismus. Er zählte die Säpfer seiner Lieben, und siehe, es fehlte manch keures Haupt. Natürlich gab es am folgenden Tage fräftige Ermahnungen, aus denen die Worte: „Es muß in dieser Hinsicht besser werden“, herausklangen.

Der Werkverein vom Werke „Elektron“ betreibt auch Apfelsinenhandel, der eine großartige Verbesserung der Lage der Beschäftigten zur Folge hatte. Komme doch mancher Familienvater kürzlich billige Apfelsinen, das Stück zu 4 Pf., kaufen. Schlechte, vielmehr neidische Personen sagen jedoch, daß man auch ohne den Werkereine Apfelsinen zum gleichen Preise bekommen könnte, zumal man die beliebten gelblichgelben Früchte vor dem Verkauf nach Größe sortiert habe und dabei wie das im gelben Lager üblich ist, die kleinen Apfelsinen den Arbeitern zukommen lieg, weil

man doch von vornherein mit dem Prinzip der angeborenen Bescheidenheit der Gelben zu rechnen hatte und durch Verarbeitung großer Apfelsinen die gelbe Bescheidenheit nicht beleidigen wollte. Mit der Vermittlung von Apfelsinen ist jedoch die Tätigkeit des Werkereins noch nicht erschöpft. Er vermittelte kürzlich bei einer — Lohnbewegung, ach wo, das sind doch nicht seine Aufgaben — nein, er vermittelte Kaffeelannen zum Preise von 35 Pf. das Stück. Wer keine Kanne kaufte, bekam einfach keinen Kaffee. Damit zeigte der Werkereine den Arbeitern endlich einmal, welchen Einfluß er in der Kaffeelaffe besitzt. Natürlich hürten die Gelben im Betriebe agitieren, so viel sie wollen, während kürzlich vier Arbeiter, welche eine Statistikkarte des Fabrikarbeiterverbandes außerhalb des Betriebes ausgefüllt hatten, turzhand entlassen wurden.

Einer dankbaren Aufgabe, die allerdings außerhalb des Rahmens seines Zweckes liegt, konnte sich der Werkereine vom Werk Griesheim-Elektron unterziehen. So sind fast überall Mißstände im Betriebe vorhanden, die der Beseitigung harren. Im Werke I der Abteilung M können die Arbeiter vor Gestank kaum aushalten. Auf Werk II sollen die Abzugsrohre der Chlorammon oft verstopft sein. Am 9. Februar wurde einem Arbeiter durch stüffiges Chlor das Gesicht verätzt.

In der chemischen Fabrik Staßfurt werden die Arbeiter den Ausschlag am Körper nicht los. Schlechte Luft, lange, oft 24stündige Arbeitszeit ruinieren die Gesundheit der Arbeiter schon frühzeitig.

Durch Gründung der gelben Werkereine und mit ihrem Wachstum schwindet die Aussicht, daß dort, wo es rot tut, wirksame Abhilfe geschaffen wird. Mit Vermittlung von Lebens- und Genussmitteln, mit hurrapatriotischen Kaisergeburtstagsfeiern schafft man die traurige Lage der Arbeiter der Bitterfelder chemischen Industrie nicht aus der Welt. Wirkliche Abhilfe schaffen die modernen Arbeiterorganisationen, die nicht vom Solde des Unternehmers abhängen, sondern Instrumente zur rüchlichsten Vertretung der Arbeiterinteressen sind.

× Aus Levertufen. Die Macher der gelben Fabrikvereine treiben es immer toller. Wollen schon die Klagen nicht verstummen, daß die Leute gegen ihren Willen und gegen ihre Ueberzeugung in diese gelben Vereine hineingepreßt werden, so ging man in den letzten Wochen dazu über, den Leuten die fälligen und noch nicht fälligen Beiträge vom Lohn zu kürzen. So liegt uns ein Lohnzettel von einem Arbeiter aus der Lagerabteilung vor, dem sie auch die gelbe Zwangsjacke angezogen haben. Auf dieser Lohnzettel sind 60 Pf. für Beiträge gekürzt. Nun ist dieser Verein „Anfang Januar 1914“ gegründet worden; der Monatsbeitrag ist 20 Pf. Aber schon am 6. Februar werden für 3 Monate Beiträge abgezogen, trotzdem im Statut steht, daß der als ausgeschieden gilt, der drei Monate trotz schriftlicher Aufforderung, seinen Zahlungspflichten nicht nachgekommen ist. Hier macht sich die Firma einer Gesetzesübertretung schuldig, denn dergleichen Abzüge dürfen nicht gemacht werden. Hier wäre es notwendig, einmal vom Gewerbegericht entscheiden zu lassen, ob das Vorgehen der Firma richtig ist. Diese Maßnahmen sind dazu angetan, „Mutapfeln“ zu pflanzen; hoffen wir, daß sie gut gedeihen.

Keramische Industrie

Ausländische Wanderarbeiter.

Die Konkurrenz der ausländischen Wanderarbeiter hat infolge der gegenwärtigen Krise und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit auch unter den Ziegelei- und Zementarbeitern erhöhtes Interesse hervorgerufen. Die Ausländer werden jetzt mehr denn sonst als eine Plage empfunden, und die sich geschädigt fühlenden Arbeiter sind nur zu sehr geneigt, den Stab über sie zu brechen, wobei sie natürlich ganz vergessen, daß auch das Wanderarbeiterwesen der Ausländer nur ein Produkt des modernen Kapitalismus darstellt.

Bevor die kapitalistische Produktionsweise ihre Herrschaft antrat, wurde den Arbeitern durch Auswanderungsverbote die Freizügigkeit vorenthalten. In der Auswanderung nützlicher Arbeitskräfte erblickte man allgemein eine Schädigung der Nation, und so war der Arbeiter verpflichtet, seine Kraft nur dem eignen Lande zu reservieren, gleichviel ob er sie betätigen konnte oder nicht. Erst als das Kapital internationalen Charakter annahm, machte sich ein Umschwung geltend. Bei seiner Jagd nach Profit fielen alle nationalen Schranken und Bedenken. Die Unternehmungen im Ausland durch heimisches Kapital erforderten die Ausfuhr von geübten und geschulten Kräften, womit auch der Einfuhr ausländischer Kräfte freie Bahn geschaffen wurde.

Die nach Deutschland eingeführten Wanderarbeiter entstammen natürlich den wirtschaftlich rüchständigsten Ländern und Gegenden. Ihre Auswanderung ist ihnen gleichbedeutend mit Erlösung aus tiefster Not. Was bis vor wenigen Jahren Amerika den deutschen Arbeitern galt, nämlich „das Land, in dem Milch und Honig fließt“, das gilt heute noch Deutschland den Italienern, Böhmern, Russen, Polen, Galiziern usw. Diese fühlen sich glücklich, wenn sie sich auch nur für das nackte Leben schinden dürfen.

Trotz dieser Bescheidenheit werden ihre Erwartungen sehr häufig getäuscht. Denn die Unternehmer bedienen sich selbstverständlich der Ausländer nicht, um dem angeblichen Arbeitermangel abzuhelfen, sondern um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf einer möglichst niedrigen Stufe zu erhalten. Dies ist ihnen denn auch dergestalt gelungen, daß sich oft selbst die treuscheligen Heloten dagegen aufbäumten und ihr Bündel schnürten. Um den Vermissen dieses Mittel der Selbsthilfe zu entwidnen, führte der preussische Staat und eine Anzahl kleinerer Stättchen den Legitimationszwang ein, wodurch der ausländische Arbeiter für den Strich, mit dem er geknebelt wird, noch 5 Mark an die Selbsterwerberzentrale abzuliefern hat.

Für die so geknebelten ausländischen Arbeiter existiert das Organisationsrecht natürlich nicht. Es ist ihnen zwar nicht gesetzlich abgesprochen, allein seine Ausübung ist für sie mit der Gefahr der Ausweisung verbunden. Ausweisung aber bedeutet für sie beschärfte Not. So ist es denn erklärlich, daß die Ausländer nur schwer für die Organisation zu gewinnen sind, haben sie dabei doch viel mehr zu riskieren als der einheimische Arbeiter. Um nun den hier im Interesse des Geldsacks waltenden Polizeigeist zu bannen, brachte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im verflossenen Jahre einen Antrag im Reichstag ein, der den Ausländern nach zweijährigem Aufenthalt die Erwerbung der Staatsbürgerrechte ermöglichen sollte.

Der Antrag wurde jedoch von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Als Vertreter der Geldsacksinteressen fürchteten sie offenbar, daß mit der Annahme des sozialdemokratischen Antrags den Unternehmern der Knäuel entwunden werden könne, den diese über der Arbeiterchaft schwingen. Die Annahme des Antrags hätte die Ausweisungsgesfahr, die belanlich über den ausländischen Arbeitern schwebt, beseitigt, diese könnten sich der aufgezogenen Unterwürfigkeit entledigen, sich als freie Menschen ihren deutschen

Arbeitskräften anschließen und damit die Macht der Unternehmer brechen helfen, die sie heute stärken müssen.

Gegen den Antrag wandte sich ganz besonders der Vertreter des Zentrums und der Zentrumsgewerkschaften Beder-Urnberg, der in seiner „christlichen“ Einsicht meinte, daß bei niedergehender Konjunktur die Regierung gezwungen sein könnte, zum Schutze der einheimischen Arbeiter gegen die Ausländer vorzugehen, und das mache dann der Antrag unmöglich. Es gibt also doch noch naive Menschen. Denn bis heute ist es der Regierung noch nicht eingefallen, das Bedersche Rezept anzuwenden, und es wird ihr auch in Zukunft nicht einfallen, besonders so lange nicht, als Leute vom Schlage Beders im Reichstage sitzen. Die Regierung hat trotz des angeblichen großen Einflusses des Zentrums und der Zentrumsgewerkschaften noch keine Zeit gefunden, sich um den Schutz der einheimischen Arbeiter zu kümmern, weil sie so viel mit dem Schutz des einheimischen Schweines und Rindviehs zu tun hat.

Bei der Erörterung der Arbeitslosenfrage in der sozialdemokratischen Presse schrieb nun die in Nürnberg erscheinende „Fränkische Tagespost“ unter anderem folgendes:

„Von den einheimischen Arbeitern wird es auch nicht verstanden, daß vornehmlich in den Ziegeleien Hunderte von galizischen, russischen und italienischen Arbeitern ihre Beschäftigung weiter haben, während sie, die Steuern und Umlagen zu bezahlen haben, brotlos gemacht werden. Die Herren Ziegeleibesitzer erklären genau wie die Agrarier, die ausländischen Arbeiter sind notwendig, weil der Bedarf an Arbeitskräften von inländischen Arbeitern nicht gedeckt werden kann. Es ist geradezu ein Hohn, bei den gegenwärtigen Verhältnissen derartige Behauptungen aufzustellen. Weil die ausländischen Arbeitskräfte billiger sind, weil sie sich zu Lohnrüdnern gebrauchen lassen, und weil sie den Profit der Herren Unternehmer noch mehr steigern, deshalb beschäftigt man sie, während man die Einheimischen ruhig verhungern läßt. Das ist die nationale Gesinnung dieser Herren. Gerade jetzt bei der immer mehr zunehmenden Arbeitslosigkeit wäre es Aufgabe des Staates und zunächst der Gemeinden, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß zunächst inländische Arbeiter beschäftigt werden, ehe man zu ausländischen Arbeitskräften greift.“

Diese Äußerungen wurden von der „Augsburger Postzeitung“, einem Zentrumsblatt, mit schmerzdem Behagen aufgegriffen, um damit den Beweis zu liefern, daß der Zentrums-Beder bei seiner „Bekämpfung“ des sozialdemokratischen Antrages im Reichstage die Bedürfnisse und Interessen der deutschen Arbeiterklasse doch besser gekannt und vertreten habe als die Sozialdemokratie. Dazu meinte sie dann wörtlich:

„Die „zielbewusste“ Sozialdemokratie ändert nach Verlieben ihre Taktik und Forderungen, je nachdem ihr Agitationsbedürfnis dies verlangt. Ende Mai forderte die Sozialdemokratie im Reichstage, daß die Ausländer gesetzlich mit den Inländern gleichgestellt und ihre Aufenthaltsmöglichkeit ihnen dauernd gesichert werde. Drei Monate später verlangt die rote Presse nicht bloß, daß die inländischen Arbeiter bevorzugt, sondern daß die ausländischen Arbeiter aus Arbeit und Brot gestellt werden sollten. Die Sozialdemokraten rufen jetzt sogar die „nationale Gesinnung“, die Nationalität zu Hilfe, die sie im Reichstage nicht anerkannten. Sie fordern jetzt denselben Staat zum Eingreifen gegen die Ausländer auf, den sie am 29. Mai die Mittel zur Abwehr nehmen wollten.“

Vergleicht man die beiden Äußerungen miteinander, so ergibt sich, daß die sozialdemokratische „Tagespost“ von Staat und Gemeinde dahin zu wirken verlangt, daß bei dem Bedarf von Arbeitskräften die einheimischen Arbeiter zunächst berücksichtigt werden. Das Zentrumsblatt fügt dem noch bei, daß die „rote Presse“ auch verlange, „daß die ausländischen Arbeiter aus Arbeit und Brot gestellt werden sollten“. Ein solches Verlangen ist aber in der obigen Äußerung der „Tagespost“ nicht enthalten; sie kann nur heraus- oder hineingeleitet werden, wenn man die Eigenschaften eines guten Zentrumsmannes besitzt. Damit ergibt sich auch, daß der Bortwurf des Zentrumsblattes, die Sozialdemokratie ändere je nach ihrem Agitationsbedürfnis ihre Taktik und Forderungen, mehr als albern ist. Denn die Stellung der „Tagespost“ läßt sich jetzt gut mit der Stellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vereinigen.

Auch als Gewerkschaftler können wir der beiderseitigen Stellungnahme nur zustimmen, ohne dabei die Interessen der einheimischen Arbeiterklasse oder die internationale Solidarität zu verletzen. Wenn wir verlangen, daß bei der Einstellung von Arbeitskräften die einheimischen Arbeiter zuerst Berücksichtigung finden, so ist das ein Recht der Notwehr, das auch die internationale Solidarität anerkennt. Die einheimische Arbeiterklasse, die als Fundament des Staatsgebildes schwere Pflichten für Gemeinde, Staat und Reich zu erfüllen hat, muß in erster Linie ein Recht auf Existenz innerhalb dieser Gemeinwesen haben. Das Vorrangsrecht, das die ausländischen Arbeiter heute vielfach genießen, wird von ihnen gar nicht bemerkt. Sie kommen nicht zu uns, um den Lohn zu drücken, sondern um ihre Existenz zu verbessern. Wenn sie dabei von den Unternehmern zu Lohnrüdnern gemacht und vorgezogen werden, so ist das auf deren Sündenkonto zu setzen.

Genügen die einheimischen Arbeiter nicht zur Deckung des nötigen Bedarfs, so wird kein einheimischer Arbeiter, sofern er über Vermögen verfügt, etwas gegen die Beschäftigung von Ausländern einzuwenden haben, denn auch diese haben ein Recht auf eine menschenwürdige Existenz. Die ausländischen Arbeiter sollen also die einheimischen Arbeitskräfte nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Und diesen Ergänzungszweck sollen nach dem sozialdemokratischen Antrag das Einbürgerungsrecht eingeräumt werden, damit sie nicht durch die Ausweisungsgesetze zur Entfremdung ihrer Menschenseite und Menschewürde gezwungen sind, die dann der deutschen Arbeiterklasse die Nachteile des Lohn-Drucks diktiert.

Die Stellung zur Ausländerfrage läßt sich kurz folgendermaßen zusammenfassen: Die Unternehmer beabsichtigen die Ausländer als billiges, williges Werkzeug, das sie nach freier Wahl und Bedarf beziehen und austauschen können. Dabei finden sie natürlich die volle Unterstützung der Behörden und der Regierung. Die sogenannten „christlichen“ Gewerkschaften wollen für die Ausländer alle Grenzen gesperrt wissen, fordern aber für sich unbefristete Bewegungsfreiheit. Trotz aller Anbiederung und Umstellung hat die Regierung diesen „christlichen“ Wünschen

noch kein Gehör geschenkt. Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, die maßgebenden Faktoren der Arbeiterbewegung, dagegen fordern: Arbeit, Brot und Recht den deutschen Arbeitern, das gleiche aber auch den fremden Arbeitern, sofern deren Veranstaltung im Interesse des allgemeinen Volkswohls erforderlich ist.

— Die Breslauer Ziegeleibesitzer. Die Ziegeleibesitzer von Breslau und Umgegend haben dieser Tage ein Ziegeleibundat gegründet unter dem Namen „Ziegeleiverband Breslau“. Außer drei Kalksandsteinfabriken gehören demselben 27 Ziegeleien an. Der Verkaufspreis für Hintermauerungssteine wurde pro Tausend auf 26 Mark festgesetzt.

Es ist dies eine ganz nette Preiserhöhung, wenn man bedenkt, daß der Preis nach den Marktberichten der „Deutschen Ziegler-Zeitung“ im Juli 1913 für das Tausend bessere Hintermauerungssteine auf 19 bis 20 Mark und für gewöhnliche Hintermauerungssteine auf 17 bis 18 Mark stand. Wir wünschen nur, daß die Arbeiter an dieser Lohnserhöhung in gerechter Weise teilnehmen. Notwendig ist dabei allerdings, daß sich die Ziegeleiarbeiter nicht von ihren „Herren“ in bezug auf Einigkeit beschämen lassen.

Außer dem schon angeführten Preis von 26 Mark sind für entfernt liegende Bauten weitere Preiserhöhungen vorgesehen, so daß die Ziegeleibesitzer mit einer guten Ernte rechnen. Dem Aufsichtsrat gehören folgende Herren an: Fromberg, Friedmann, Bial in Schottwitz, Hirschmann, Kleemann in Stabekwitz, Buchs in Kapppsdorf, Gebr. Schoeller und Regierungsbaumeister Wolfram in Breslau. Der neue Verband hofft, daß sich auch die übrigen Werke noch anschließen. — Soffen wir das auch von den Arbeitern.

— Ein schlagfertiger Ziegelmeister. Ein recht lebenswürdiger Mann ist der Ziegelmeister Emil Bachmann von den Meidener Ziegelwerken, A.-G. Im genannten Betriebe hat kürzlich Herr Bachmann seine ganze Meisterwürde dazu verwandt, einen wehrlosen, noch nicht 16jährigen Arbeiter zu mißhandeln. Der junge Mann, der im Besitze einer Uhr war, wurde von seinen Mitarbeitern nach der Zeit „fragt“, worauf sie die Antwort erhielten, es sei 3/6 Uhr. Die Arbeiter hielten nach einiger Zeit die Ziegelpresse an, weil es üblich ist, dieselbe etwa 10 Minuten vor Feierabend anzuhalten. Jetzt kam der allgemaltige Meister B. auf den jungen Arbeiter zu und verabschiedete ihm einige Dhrseigen. Aber nicht genug damit. Bachmann ergriff die Schaufel und schlug den Arbeiter derartig mit dem Stiel quer über den Leib, daß dessen Uhr dabei in Stücke ging.

Auch sonst scheint Herr Bachmann Selbstregent im Betrieb zu sein. Vor zirka 14 Tagen wurde in einer Abteilung des Betriebes die Arbeitsordnung verlesen, worzu sich auch die Frauen und Mädchen eingestellt hatten. Herr B. kam dazu und nun ging eine Schimpfkanonade los. Herr Bachmann gebrauchte Ausdrücke wie „Ihr dumme Gesellschaft“, „Ihr Frauenzimmer“ und andre mehr, die wir mit Rücksicht auf den Bildungsgrad des ehemaligen Mauerergesellen und jetzigen Ziegelmeisters verschweigen wollen. Wir hoffen aber, daß B. sich den Arbeitern und Arbeiterinnen gegenüber in Zukunft eines anständigeren Tones befleißigt. Auch über die übrigen „Meister“ ist jetzt sehr zu klagen. Herr Direktor Melger, ein humaner und gerechter Mann, ist seit etwa 3 Monaten erkrankt. Ob die Herren Meister deshalb besonders Mut bekommen haben? Es ist angebracht, daß die Meister etwas anständiger mit den Arbeitern umgehen. Auch die Arbeiter sind Menschen!

Den Arbeitern und Arbeiterinnen raten wir, sich einer Organisation anzuschließen, und zwar dem Fabrikarbeiter-Verband. Erst wenn alle organisiert sind, werden derartige Vorkommnisse nicht mehr möglich sein.

— Spiel mit Menschenleben! Wenn wir bei der Agitation unter den Ziegeleiarbeitern auch auf die Gefahren hinweisen, die mit der Verrichtung der Arbeit verbunden sind, so verjagen es die Unternehmer und ihre Trabanten zu bestreiten, daß sie diese Gefahren zum größten Teil durch Nichtbeachtung der gesetzlichen Bestimmungen veranlassen. Es ist deshalb notwendig, von Zeit zu Zeit an der Hand von Ereignissen Beweise für unsere Behauptungen zu erbringen. So ging vor einigen Tagen folgende Notiz durch die Tagespresse:

„Der 62 Jahre alte, in Leubnitz-Neu-Ostra wohnende Arbeiter Adolf H. wurde am Freitagabend von einer niedergehenden Tomwand in der höchsten Ziegelei in Gostritz, wo er beschäftigt war, getroffen und erheblich verletzt. Der Verunglückte, der u. a. beide Oberschenkel gebrochen hatte, wurde zunächst in seine Wohnung und später mittels des Dresdner Krankenautos nach dem Carolahaus überführt.“

So — damit ist nun für die breite Öffentlichkeit der Fall abgetan. Kein Mensch kümmert sich darum, was denn die Ursachen des Unfalles waren, an dessen Folgen der Verunglückte inzwischen verstorben ist. Dieser schwere Unfall ist dadurch herbeigeführt worden, daß die Tomwand, obwohl dies ausdrücklich verboten, unterhöht worden ist, und zwar unter direkter Aufsicht des Meisters Gähler. Die Arbeiter mußten unten ausbilden, während der Ziegelmeister oben stand, um zu beobachten, wenn die Wand sich löste. Der Meister hat zwar durch Zorn aufmerksam gemacht, aber der Kollege konnte sich, weil er schwerhörig ist, nicht rechtzeitig retten, so daß er von einer riesigen Masse verschüttet wurde, unter der er 3/4 Stunden zubringen mußte, bevor die Befreiung gelang.

Aus diesem Falle geht klar hervor, daß nur durch unerhörte Anstrengung und Fortschritt des Meisters, der im vorigen Jahre sich schon recht mißlieblich über die Arbeiter ausgesprochen hat, der Unfall herbeigeführt wurde.

Was wird mit dem Meister geschehen? Wird die Behörde ihn zur Rechenschaft ziehen? Mag sein. Dem Verunglückten kann sie jedoch das riskierte und verlorene Leben nicht wieder ersetzen. Deshalb werden wir immer und immer wieder den Huh erschallen lassen: Her mit dem ausreizenden Gehalt für Leben und Gesundheit der Ziegeleiarbeiter!

— Arbeitererzählung. Ein schwerer Unfall ereignete sich dieser Tage in der Schamottefabrik zu Saarau. Beim Auslegen eines Ofens stürzten mehrere Retorten um und verletzten den Arbeiter Förster. Der Verunglückte erlitt außer andern Verletzungen einen mehrfachen Beinbruch. — Schuld an dem Unfall soll die mangelhafte Beschaffenheit des Ofens sein.

Papier-Industrie

Die Leistungsfähigkeit der deutschen Papierindustrie.

Mit Riesenschritten hat sich die Papierindustrie seit der Erfindung der Papiermaschine technisch weiterentwickelt. Während der Handpapiermacher mit einer Bütte eine jährliche Produktion von zirka 15 000 Kilogramm Papier erreichte, ist es der Maschinenpapierfabrikation gelungen, mit Hilfe ihrer modernen Druckpapiermaschinen von 4 Meter Arbeitsbreite und einer rasenden Geschwindigkeit von 220 Metern in der Minute daselbe Quantum in zirka 24 Stunden herzustellen. Nach einer Schätzung des Generaldirektors Dr. A. Klein-Budapest wurden im Jahre 1913 und 38 Millionen Seimeter Holz im Werte von mindestens 600 Millionen Kronen zu Rohstoffen für die Papierindustrie (Holzschliff und Zellulose) verarbeitet. Die Erzeugung von Holz-zellulose beträgt nach demselben Herrn im Jahre 1913 über vier Millionen Tonnen (eine Tonne gleich 20 Zentner) im Werte von mehr als 800 Millionen Kronen. Wie gewaltig die Anteilnahme der deutschen Papierindustrie an diesen Ergebnissen ist, zeigt die vor einigen Wochen vom „Berein deutscher Papierfabrikanten“ für die Jahre 1911 und 1912 veröffentlichte Produktionsstatistik. Wie jede Statistik mit Mängeln behaftet ist, so trifft es auch auf diese zu, zumal vor einer statistischen Erhebung selten alle zuständigen Teile erfasst werden können. Immerhin gewährt diese Statistik einen

wissenschaftlichen Einblick in die Produktionsfähigkeit der deutschen Papierindustrie. Bemerkenswert ist die Feststellung des Verfassers der Statistik, Ditzes, daß zirka 100 Firmen der Papierindustrie, darunter Mitglieder des Vereins, die Öffentlichkeit gescheut und Angaben zu derselben verweigert haben. Diese Firmen wurden dann schätzungsweise in die Statistik einbezogen. Es wurden demnach in Deutschland erzeugt: im Jahre 1911 a) Papier 1 500 445 407 Kilogramm im Werte von 429 273 334 Mark, b) Pappe 343 367 921 Kilogramm im Werte von 54 488 190 Mark; Papier und Pappe zusammen 1 843 813 328 Kilogramm im Werte von 483 761 524 Mark. Im Jahre 1912 hat sich die Produktion noch um etwas erhöht, und zwar betrug dieselbe a) Papier 1 611 241 332 Kilogramm im Werte von 460 383 920 Mark, b) Pappe 369 512 661 Kilogramm im Werte von 60 168 024 Mark; Papier und Pappe zusammen 1 980 753 993 Kilogramm im Werte von 520 551 944 Mark.

Nach dieser Statistik betrug der Anteil der deutschen Papierindustrie an der Gesamtproduktion von Papier und Pappe im Jahre 1911 genau 12 Prozent, welcher im Jahre 1912, trotz der Mehrerzeugung von 136 940 665 Kilogramm, auf 11,1 Prozent sank.

Der von den Unternehmern, besonders auch von den Papierindustriellen, so sehr verpönte Wissensdrang der Arbeiter kommt jedenfalls auch in dem Verbrauch des Papiers auf den Kopf der Bevölkerung mit zum Ausdruck. Nach Einrechnung der Einfuhr und Abzug der Ausfuhr stellte Herr Ditzes pro Kopf einen Verbrauch fest, für das Jahr 1911 25,11 Kilogramm im Werte von 6,68 Mk., welcher im Jahre 1912 um 2,22 Kilogramm auf 27,33 Kilogramm im Werte von 7,19 Mark stieg.

Die Verkaufspreise können allerdings nicht als besonders glänzend bezeichnet werden. Nach Ditzes soll im Reichsburchschnitt für ein Kilogramm Papier 0,29 Mark, für Pappe aber nur 0,16 Mark erreicht worden sein. Für 1912 sind die Reichsburchschnittspreise stabil geblieben. Wenn man beachtet, daß in diesen Durchschnittspreisen alle Papier- und Pappsorten, also auch die syndikalisierten Preise für Druckpapier und die Preise für die besseren Papiere, wie Schreib-, Wertdruckpapiere usw., einbezogen sind, so kann man die Klage der Papierfabrikanten über mangelhafte Papierpreise verstehen. Charakteristisch bleibt aber die Tatsache, daß die Herren während der Hochkonjunktur keine Zeit hatten, sich über ihre Papierpreise zu unterhalten; da wurde einfach drauflos gepumpt, das Tempo der Maschinen bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit gesteigert, Leben und Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel gesetzt oder, wie ein Unternehmer vor kurzer Zeit diese Wühlerlei treffend bezeichnete: „Maschinenführer und Gehilfen beritten gemacht!“ Da war der Sinn eines großen Teiles der Unternehmer nur auf hohe Produktionsziffern gerichtet. Die Schmutzkonturrenz trieb derartige Blüten, daß zirka 100 Firmen sich scheuten, der Unternehmerorganisation ihre Ergebnisse bekannt zu geben, trotzdem der Vereinsanwalt zum Stillschweigen über Produktion und Preiszielung der einzelnen Werke verpflichtet wurde. Mit dem Eintritt der Krise machte sich bei diesen Herren die Katerstimmung bemerkbar, weshalb sie über schlechte Preise und flehen ihre Abnehmer um gutes Wetter an. Trotzdem läßt der Konkurrenzneid ein gemeinsames Vorgehen in Produktions- und Preisfragen nicht zu.

Die einen rufen nach dem starken Mann, die übrigen huldigen dem bekannten Sprichwort: „Haltet den Dieb“; alle aber stehen sie da wie die betäubten Lohgerber, denen die Felle weggeschwommen sind. Als starke Männer fühlen sich die Herren nur ihren Arbeitern gegenüber, da wird geschimpft über die Begehrlichkeit derselben, auf den Unternehmertagungen und in der Unternehmerpresse wird die Schlammschleuse des Reichsverbandes über die Arbeiterorganisationen geöffnet und nach Polizei und Zuchthausgeschreien geschrieben und gerufen. Sie verlangen von ihren Arbeitern völligen Verzicht auf das Koalitionsrecht. Wegen der sozialen und wirtschaftlichen Rückständigkeit der Unternehmer sollen auch die Arbeiter auf derselben Stufe stehen bleiben, damit es ihnen desto leichter gelingt, sich während der Krisenzeit auf Kosten der Arbeiterlöhne und Arbeiterkräfte noch mehr zu bereichern, da doch selbstverständlich die Abnehmer auf das Geknechtete hin den Erzeugern keinen Pfennig mehr wie seither bezahlen werden.

Unsre Kollegen in der Papierindustrie haben deshalb Ursache, auf der Wacht zu sein. Sie mögen unter ihren Mitarbeitern agitieren zum Anschluß an den Fabrikarbeiterverband, dann werden sie ihren Unternehmern zeigen können, wie man bessere Preise für seine Ware, in diesem Falle heißt sie Arbeitskraft, erkämpfen und erlangen kann.

+ Aufp. „Für treu geleistete Dienste.“ Anfang Oktober v. J. waren in der Rheinischen Aktiengesellschaft für Papierfabrikation vier Arbeiter 40 Jahre hindurch beschäftigt. Bei dieser Gelegenheit hielt der Beigeordnete Klein eine Rede und gab den Arbeitern das sogenannte Allgemeine Ehrenzeichen. Nach dem Beigeordneten sprach der Direktor der Gesellschaft, der den vier Arbeitern je ein Sparkastenbuch mit 100 Mark in Aussicht stellte. Damit wäre den Arbeitern sicher auch weit mehr gedient worden, als mit dem Stücken wertlosen Metall, für das sie sich kein Brot kaufen können. Waren die in Aussicht gestellten 100 Mark auch sicher kein Äquivalent für den in 40jähriger Fron erarbeiteten Mehrwert, so bedeuteten sie doch immerhin für die Arbeiter etwas, wenn — ja wenn diese das Geld bekommen hätten! Vier Monate voll seitdem ins Band gegangen, aber von den 100 Mark hat noch keiner der alten Arbeiter etwas gesehen. Für 40 Jahre treu geleistete Dienste das Verprechen eines Geldgeschenkes — auch kein schlechter Witz!

+ Trodenzylinder-Explosion. Am Montag, dem 9. Februar, morgens kurz vor 4 Uhr, ereignete sich im Papiermaschinenfabrik der Papierfabrik von Vogel, Bernheimer u. Schumann in Ettlingen eine schwere Explosion eines großen Trodenzylinders. Durch die herannahenden Gesteine wurde eine eiserne Stützsäule wie ein Bündel abgeknickt. Fast sämtliche Fenstergehänge wurden demoliert und die übrigen Maschinenteile schwer beschädigt. Verletzt wurde zum Glück niemand, da die allgemeine Arbeitszeit erst um 6 Uhr beginnt. Die Ursache der Explosion ist noch nicht festgestellt; wahrscheinlich wurde der über Sonntag abgekühlte Zylinder zu stark mit Dampf gespeist.

+ Unglücksfälle. Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich in der Pappfabrik von Bieweger u. Schmidt in Eckelsdorf. Der während des Winters dort beschäftigte Zimmerkehrer Kühner geriet mit dem rechten Arm zwischen die Walzen einer im Gang befindlichen Maschine und erlitt außer Quetschungen einen schweren Bruch des Oberarmes.

In der Papierfabrik Effental bei Grafenau geriet der Arbeiter Joseph Söhl mit dem rechten Arm in die Maschine, wodurch derselbe vollständig zerdrückt wurde. Der Bauernswerte ist der Ernährer seiner seit drei Jahren schwerer tranken Mutter.

In der Papierfabrik in Jodendorf (S.-A.) kam der Schlosser Kahl beim Auflegen eines Riemens der Transmission zu nahe, so daß er erfaßt und ihm die Hand bis an das Gelenk abgerissen wurde.